

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

PAUL-HENRI SPAAK

## Die unabdingbare Solidarität des Westens

Mit freundlicher Genehmigung des Verlages veröffentlichen wir in dieser Ausgabe aus der amerikanischen Zeitschrift „FOREIGN AFFAIRS“ zwei Beiträge: Paul Henri Spaak: „Die unabdingbare Solidarität des Westens“ (Januar 1957) und Hamilton Fish Armstrong: „Nördlich des Kyber“ (Juli 1956). Der Aufsatz von Paul Henry Spaak erschien in deutscher Übersetzung bereits in der Zeitschrift für internationale Zusammenarbeit „Dokumente“ (Februar 1957), mit deren Genehmigung wir die deutsche Übertragung übernehmen.

Wir lebten ruhig — mehr oder weniger — in einer Atmosphäre internationaler Entspannung. Wir praktizierten voll Überzeugung die Grundsätze des XX. Parteitags der KPdSU über die friedliche Koexistenz. Auch die größten Skeptiker begannen, sich belehren zu lassen. Optimismus war Trumpf.

Am 26. Juli verstaatlichte Oberst Nasser unter Mißachtung der Verträge die Suezkanalgesellschaft. Eine Kettenreaktion setzte ein, und als die Krise ihren Höhepunkt erreichte, brach die ungarische Revolution aus, die Sowjetrußland in einer beispiellos brutalen Intervention niederschlug. In wenigen Wochen ballten sich am Himmel der internationalen Politik dunklere Wolken zusammen als je zuvor seit zehn Jahren.

Der Sturz war hart. Wieder einmal zerstoben die Illusionen, wieder einmal fanden wir uns vor harten und brennenden Realitäten wieder. In dem Augenblick, da ich diese Zeilen schreibe, ist noch nichts geregelt. Aber es ist doch schon möglich, einige Konsequenzen zu ermessen. Alle internationalen Institutionen wurden schwer von der doppelten Krise betroffen: die Vereinten Nationen, die NATO und die europäische Integration.

Was sollen wir von der Organisation der Vereinten Nationen denken? Ich stelle ein wenig überrascht — aber befriedigt — fest, wie groß ihr Prestige nach wie vor in der öffentlichen Meinung der Welt ist. Ich bin überrascht, denn ich habe allzu sehr auf die UNO vertraut, und sie hat mich allzu heftig enttäuscht. Wer die Dinge nicht im einzelnen kennt, weiß nichts von der Schwerfälligkeit dieser Organisation, von der Zeit, die man dort vergeudet, von der Heuchelei, die dort oft genug herrscht, von ihrer Wirkungslosigkeit. Wer die UNO nur von ferne sieht und sich nur an die edlen Grundsätze und hohen Ideale hält, bewahrt ihr sein Vertrauen und glaubt weiter an sie.

Es ist wirklich erschütternd, diese Reaktion der Massen zu beobachten, die sich angesichts einer internationalen Ungerechtigkeit oder Kriegsdrohung spontan an die Vereinten Nationen wenden und von ihnen Frieden und Recht erwarten. Ich würde sehr gern zu diesen Getreuen gehören. Aber ich kann nicht. Ich meine im Gegenteil, daß die Schwächen der UNO noch nie so klar zutage traten wie heute. Ich glaube: trotz ihrer scheinbaren Erfolge war die UNO ihrem Scheitern noch nie näher als

Aber ich fürchte noch Schlimmeres. Das System der UNO, das man 1945 in San Francisco schuf, hatte den Ehrgeiz, vollkommen zu sein. Natürlich wollte man den Krieg ächten, die Gewaltanwendung verurteilen und verhindern; aber man wollte gleichzeitig dem Recht zur Herrschaft und der Gerechtigkeit zum Siege verhelfen. Nun gelang es der UNO wohl in gewissem Ausmaß, den Krieg zu bannen; aber sie scheint mir nicht fähig zu sein — wie gern würde ich mich täuschen! —, das Recht durchzusetzen. Darum halte ich das System von San Francisco für gefährlich unvollständig. Auf die Dauer wird es sich als derart wirkungslos erweisen, daß es zusammenbricht.

Den Krieg als Mittel der internationalen Politik auszurotten, ist ein sehr großer sittlicher Fortschritt; niemand leugnet das. Aber wenn das Mittel des Krieges durch überhaupt kein anderes ersetzt wird, muß das ganze System ins Wanken geraten und nach einiger Zeit in einem unerträglichen Chaos enden.

Mit anderen Worten: in dem gegenwärtigen System der UNO (es ist keineswegs so, wie ihre Gründer es wollten oder erträumten) ist alles erlaubt — außer Krieg. Man darf Verträge brechen, Verpflichtungen ignorieren, seinen Nachbarn die schlimmsten Streiche spielen, sie bedrohen; alles das ist möglich und rechtens,

eben jetzt. Gewiß, es sieht so aus, als hätten die Vereinten Nationen die Kraft aufgebracht, eine Ausdehnung des Krieges in Ägypten zu verhindern. Sie haben jedoch nichts tun können, um die Aggression der Sowjetunion gegen Ungarn aufzuhalten. Dieser Unterschied läßt bereits befürchten, daß in dieser Organisation, wo die Unparteilichkeit Grundlage jeder Aktion sein müßte, doch der Stärkste oder der Zynischste das Gesetz bestimmt.

### Die Schwächen der UNO

wenn man nur die Gewaltanwendung in der präzisen Form des Krieges vermeidet. Die Haltung Ägyptens während der letzten Monate illustriert diese meine pessimistische Behauptung. Es sperrt den Suezkanal für israelische Schiffe; es schickt seine „Todeskommandos“ auf israelisches Gebiet; es verletzt die Konvention

#### INHALT DIESER BEILAGE:

Paul-Henri Spaak

**Die unabdingbare Solidarität des Westens**

...

**Frankreichs Ziele in den kommenden 50 Jahren (S. 132)**

Hamilton Fish Armstrong

**Nördlich des Khyber (S. 136)**

von Konstantinopel; es belädt den Dampfer *Athos* mit Waffen und greift so gegen Frankreich in den Algerienkonflikt ein; es bereitet einen Überfall auf seine Nachbarn vor — und die Vereinten Nationen sind unfähig, Ägypten daran zu hindern. Alle diese Handlungen entziehen sich der gegenwärtigen Interpretation der UNO-Charta. Aber dann reißt Israel die Geduld, und seine Truppen dringen in die Sinai-

Halbinsel ein; Franzosen und Briten landen in Port Said. Sogleich ist ihre Verurteilung beschlossene Sache, und die gleichen Delegierten, die im gleichen Augenblick unbewegt der Unterdrückung der ungarischen Revolution zusehen, finden nicht genug heftige Worte, um England, Frankreich und Israel zu geißeln.

Ich wiederhole: diese Art von Gerechtigkeit ist nicht mehr als eine Karikatur. Diese Interpretation von Grundsätzen führt schließlich dazu, alle jene auch noch zu belohnen, die mit der nötigen Frechheit und Skrupellosigkeit vorgehen, aber geschickt genug sind, diesseits der Grenzlinie zum Kriege (ich sage nicht zur Gewalt) zu bleiben. Ein solches System kann sich nicht halten. Es ist höchste Zeit, die UNO-Charta grundlegend zu ändern, das Veto abzuschaffen, ein nach Bedeutung abgestuftes Stimmrecht einzuführen, alle Mitglieder automatisch auszuschließen, die dem internationalen

Gesetz zuwiderhandeln, und eine echte internationale Streitmacht zu schaffen.

Ich weiß, wie schwer all das zu verwirklichen ist. Bekanntlich verurteilt das Veto den Sicherheitsrat zur Ohnmacht. Andererseits scheint die Vollversammlung ihre Möglichkeiten jetzt ernster zu nehmen. Wird sie für den Sicherheitsrat in die Bresche springen? Mein Optimismus ist begrenzt, wenn ich an die Haltung der Sowjetunion und ihrer Satelliten denke. Sie boten uns gerade jetzt ein empörendes Schauspiel: sobald in der Vollversammlung die Rede auf Ägypten kam, waren sie Feuer und Flamme für die Empfehlungen der UNO, alle Ungarn-Beschlüsse jedoch behandelten sie als toten Buchstaben.

Vielleicht wird gerade das Ausmaß des Übels den Völkern die Augen öffnen. Die Reform der UNO-Charta steht auf der Tagesordnung. Wenn diese Forderung immer energischer erhoben wird und sich durchsetzt, könnten wir mehr Hoffnung schöpfen.

## Das atlantische Bündnis

Der Atlantikpakt hat in dieser schweren Krise ebenfalls nicht funktioniert. Welche Ironie der Geschichte: im gleichen Augenblick, da auf Wunsch aller Vertragspartner drei „Weise“ die Möglichkeiten studieren, die NATO zu stärken und insbesondere regelmäßige Konsultationen einzuführen, stellen die westlichen Großmächte vor aller Augen ihre grundlegenden Gegensätze zur Schau. Wir wollen nicht nach den Schuldigen fragen. Damit ist niemandem gedient. Sind denn nicht alle schuldig?

Heute erscheint die NATO notwendiger denn je; denn noch nie war die sowjetische Politik so offenkundig gefährlich. Wir müssen versuchen, das Unglück wiedergutzumachen, und ein für allemal bereit sein, Nebensächliches dem Wesentlichen zu opfern.

Was ist wesentlich? Vielleicht hat es vor oder nach dem XX. Parteitag der KPdSU einen Wandel in der sowjetischen Innenpolitik gegeben. Die Außenpolitik der UdSSR blieb jedenfalls unverändert so, wie sie schon unter Stalin war: eine gewaltige Anstrengung, um die Länder des Westens zu schwächen, ihnen soviel Schwierigkeiten wie möglich zu bereiten, ihre Probleme zu komplizieren — und das alles unter sorgfältiger Beachtung einer gewissen Grenze, hinter der ein Weltkrieg unvermeidlich würde. Diese Politik wird von einem doppelten Imperativ beherrscht. Die Sowjetunion bleibt zutiefst kommunistisch, sie erstrebt weiterhin den Sieg; aber sie wünscht gleichzeitig, den Weltkrieg zu vermeiden, der auch im Falle eines militärischen Erfolges die Verwirklichung ihres wirtschaftlich-sozialen Ideals verzögern oder gefährden würde.

Es ist sonderbar, daß das wahre Gesicht des Kommunismus und seine wirklichen Grundlagen noch immer so wenig bekannt sind und so falsch verstanden werden — übrigens in Amerika vielleicht noch mehr als anderswo. Allzu viele Menschen halten den Kommunismus einfach für eine Partei der äußersten Linken, für einen Gegner des Kapitalismus und Vorkämpfer des Kollektiveigentums. In Wahrheit ist der

Kommunismus viel mehr. Er ist eine neue Zivilisation, die sich uns aufdrängen will und deren Grundlagen im Kern andere sind als jene, die es Europa und den Vereinigten Staaten ermöglicht haben, sich zu entwickeln und in moralischer, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht das zu werden, was sie sind.

Das Maß unserer Zivilisation ist der Mensch. Die Achtung vor der menschlichen Person bildet ihr wesentliches Merkmal. Daraus ergibt sich alles übrige. Der Kommunismus verneint den Menschen, er kennt ihn nicht, interessiert sich nicht für ihn oder achtet ihn jedenfalls nicht. Wer von so völlig verschiedenen Grundlagen ausgeht, kann nie gemeinsame Ziele besitzen. Früher oder später muß die eine oder die andere Zivilisation triumphieren.

Wenn wir siegen wollen, müssen wir unbedingt einig bleiben. Europa kann nicht mehr ohne die Vereinigten Staaten auskommen; diese Wahrheit braucht man heute nicht mehr zu beweisen. Aber auch die Vereinigten Staaten dür-

fen nicht meinen, sie könnten ohne Europa auskommen. Trotz aller Differenzen, trotz der bedauerlichen Meinungsverschiedenheiten der letzten Monate: wo finden die Amerikaner in aller Welt die besten Freunde? In Asien, in Afrika? Nein, in Europa. Wo dringt der Kommunismus vor, wo profitiert er vom Elend der Völker und der Unerfahrenheit der Führer? Und wo wird er mehr und mehr in Schach gehalten und zum Rückzug gezwungen? Wo haben die ungarischen Ereignisse das lebhafteste Echo gefunden? Es fällt nicht schwer, auf diese Fragen zu antworten.

Wesentlich ist die Verteidigung unserer gemeinsamen Zivilisation. Alles übrige, so wichtig es auch sein mag, ist nebensächlich. Nur wenig ist nötig, das atlantische Bündnis wirklich zu dem zu machen, was es sein sollte. Die großen Partner müssen nur ein wenig mehr Vertrauen zueinander beweisen, sich ein wenig stärker ihrer grundsätzlichen Solidarität bewußt sein. Die drei „Weisen“ raten zu häufigeren, regelmäßigeren Konsultationen zwischen allen NATO-Mitgliedern. Jeder soll versprechen, nicht isolierte Aktionen zu unternehmen, die Rückwirkungen auf die Politik aller anderen haben könnten. Alle sollen sich über ihre jeweiligen Ziele unterrichten.

Die meisten beruhigen sich dabei. Dennoch bin ich nicht völlig überzeugt. Wir brauchen mehr als beruhigende Worte. Wir brauchen einen echten Willen. Haben uns die offenkundigen Gefahren, in denen die westliche Welt schwebte und noch schwebt, nicht die Augen geöffnet? Zum Glück beging die Sowjetunion einen schweren diplomatischen Fehler, als sie den Vereinigten Staaten anbot, gemeinsam gegen die Briten und Franzosen in Ägypten einzuschreiten. Das war zuviel. Das ließ den Grad des Verfalls der NATO ermessen und war, wie ich glaube, der Ausgangspunkt für ihre Neubelebung, die sich heute abzeichnet. In der NATO besitzen wir das geeignete Instrument unserer Politik. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir unfähig wären, es zu gebrauchen.

## Fortschritte der europäischen Integration

Die internationale Krise, die in meinen Augen für die UNO wie für die NATO gefährlich war, wirkte sich hingegen positiv auf die europäische Integration aus. Seit der Verstaatlichung des Suezkanals hat sich wieder eine günstige Strömung für diese Idee entwickelt. Nassers Unverfrorenheit ließ uns fühlen, für wie schwach gewisse Mächte heute die großen europäischen Nationen halten. Zweifellos verlich die erklärte Weigerung der Vereinigten Staaten, die Haltung Frankreichs und Englands zu unterstützen, solchen Tendenzen erheblichen Auftrieb. — Die europäischen Staaten benehmen sich ein wenig wie die Küken. Sobald ein Sperber am Himmel auftaucht, flüchten sie zueinander, ob der Sperber nun Stalin oder Nasser heißt.

Bundeskanzler Adenauer und Guy Mollet bekräftigten beide eindeutig ihren Willen, Europa

zu einigen. Sie taten noch mehr. Sie griffen einige technische Probleme auf und schlugen konstruktive Lösungen vor, zeigten also wieder einmal, daß es in Wahrheit keine technischen Schwierigkeiten mehr gibt, sobald ein politischer Wille da ist.

Wir haben Aussicht, in einigen Wochen schon die Verträge über den Gemeinsamen Markt und Euratom unterzeichnet zu sehen. Wieder einmal stehen wir kurz vor dem Ziel, aber das standen wir auch schon vor dem Abschluß der EVG. Diese Erfahrung verbietet es mir, übertriebene Begeisterung zu äußern. Es ist das Schicksal derer, die für das Vereinte Europa arbeiten, daß sie immer ebenso dicht vor dem Triumph wie vor der Niederlage stehen.

Aber es ist einfach eine Tatsache, daß die Idee der Dritten Kraft, der Kraft des Vereinten

Europas, in den letzten Monaten große Fortschritte gemacht hat. Die USA sollten sich darüber freuen; denn die Dritte Kraft ist kein Versuch, Europa zu neutralisieren und gleiche Distanz zu Amerika wie zu Rußland zu halten. Im Gegenteil: sie drückt den Willen Europas aus, für die USA nicht länger ein Bleiklotz zu sein, den man mit sich schleppt, sondern ein echter Verbündeter, der seine Rolle spielt und seinen Anteil bei der Lösung von Schwierigkeiten leistet.

So steht es also. Eher schlecht — wir dürfen uns da nichts vormachen. Aber ich will nicht

übermäßig schwarz sehen. Ich glaube nicht an einen dritten Weltkrieg, ich fürchte nur (und das bekenne ich), es könnte sich eine immer verworrenere Lage entwickeln, in der die westliche Welt nichts zu gewinnen hätte.

Über uns schwebt offenbar eine Art Fatalität. Wir wissen, was zu tun wäre. Wir können es sogar einigermaßen klar ausdrücken. Aber wir kommen nie dazu — aus diesem oder jenem Grunde — unseren Willen auch unbeirrt in die Tat umzusetzen.

Es war richtig, die UNO zu gründen. Es war richtig, die NATO zu schaffen. Wir haben recht,

von einem Vereinten Europa zu träumen. Aber sobald wir uns einmal zu einer Politik entschließen und die entsprechenden Institutionen schaffen, bringen wir es nicht mehr fertig, sie auch wirksam funktionieren zu lassen. Sie verlieren nach und nach ihre Kraft und Ausstrahlung, und ihr Verfall vergrößert unsere Enttäuschung.

Wo ist die Handvoll Männer mit klarem Kopf und entschlossenem Willen, die der Westen so dringend braucht, um mit so einfachen Mitteln so unermeßliche Werte zu retten?

## Frankreichs Ziele in den kommenden 50 Jahren

Eine hochgestellte Persönlichkeit, die aus Gründen, die wir respektieren, anonym zu bleiben wünscht, hat für die französische Zeitschrift RÉALITÉS (Dezember 1956) nachfolgenden Artikel geschrieben, den wir mit freundlicher Genehmigung des Verlages veröffentlichen.

In diesem Aufsatz will ich versuchen das zu tun, was jeder einzelne der vielen Außenminister hätte tun sollen, aber keiner getan hat: In großen Zügen die Politik zu umreißen, die Frankreich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verfolgen soll, seine eigentliche Bestimmung aufzuzeigen und eine Bilanz der gegenwärtigen Umwälzungen und der in allen Teilen der Welt spürbaren tiefgreifenden Bewegungen zu geben.

### Die Ursache des Katzenjammers

Frankreich hat eine Vergangenheit, eine Gegenwart und eine Zukunft. Heute interessiert uns nur die Zukunft. Die Minister aber handeln, als ob Frankreich nur eine Vergangenheit habe. Das ist die Ursache unseres Katzenjammers. Jedoch sollte man ihnen nicht zu viele Vorwürfe machen. Denn um sich der Zukunft zuwenden zu können, muß man seines eigenen Gleichgewichtes sicher sein. Eine Politik setzt Kontinuität voraus. Sie setzt auch eine weitgehende grundsätzliche Übereinstimmung voraus. Frankreich ist heute zu klein, wie ich noch an anderer Stelle zeigen werde, um eine Innenpolitik zu haben. Frankreich, eine kleine Nation mit 1,5 % der Erdbevölkerung, sollte angesichts der heutigen Verhältnisse wie eine Stadtverwaltung geleitet werden: Nach dem Grundprinzip der höchsten Wirksamkeit.

Wen kümmert die politische Färbung des Bürgermeisters wirklich, wenn die Stadt blüht, die Wege gut gehalten sind, wenn es keine Bettler gibt, die Fußballmannschaft den Neid der anderen Gemeinden erregt, wenn den Steuern angemessene Dienstleistungen gegenüber-

Denn Politik bedeutet: Sich seiner Persönlichkeit bewußt zu werden und sie innerhalb einer Kollektivität, die sich selbst im Stadium der Entwicklung befindet, zu behaupten, nach Erkenntnis der Entwicklungstendenzen Verhaltensgrundsätze festzulegen und schließlich im Sinne der gegebenen Grundtendenzen die Fragen zu lösen, die jeden Tag neu gestellt werden — und die nicht vor auszusehen sind.

stehen, wenn sich die neuen Gebäude harmonisch in das Stadtbild einfügen, wenn die öffentlichen Anlagen voller Blumen sind, wenn es keine Kriminalität gibt und die alten Leute einen gesicherten Lebensabend haben? Wen kümmert heute die Innenpolitik der Schweiz, Schwedens oder selbst der Vereinigten Staaten? Man weiß, daß diese Länder gut geleitet werden, daß es einen gesunden Wettbewerb zwischen Meinungen, die über die Methoden zwar geteilter aber im wesentlichen einer Ansicht

sind, und zwischen Gruppen gibt, von denen jede beweisen will, daß sie wirkungskräftiger ist als die vorangegangene.

Das Stadium der inneren Kämpfe, bei denen es um die Vorstellung geht, die sich eine Nation von seiner Bestimmung macht, ist für alle Länder, die einen gewissen Grad wirtschaftlicher Entwicklung erreicht haben, vorbei. Sie steuern auf ein gemischtes System hin, das weder kapitalistisch noch marxistisch ist und individuelle Freiheit mit koordinierter Entwicklung der Hilfsquellen verbindet. Wenn dieses Phänomen von stabilen Verhältnissen im Lande begleitet wird, wie das überall der Fall ist, ausgenommen bei uns, dann ist das Problem gelöst, und die Nation kann sich ungehindert ihren internationalen Belangen zuwenden. Der erste Grundsatz der Außenpolitik Frankreichs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sollte also paradoxerweise unter dem Motto stehen: Im eigenen Hause Ordnung schaffen, die Kontinuität der Exekutive sichern.

### Streben nach Erfolg und Glück

Das zweite Axiom scheint sich von selbst zu verstehen, aber unsere Staatsmänner scheinen es merkwürdigerweise fast immer zu vergessen: Hauptziel eines modernen Staates und Aufgabe seiner leitenden Männer ist es, dafür zu sorgen, daß sich die Staatsbürger dem Streben nach Erfolg und Glück widmen können. Kriterium Nr. 1 für eine erfolgreiche Außenpolitik ist das Maß, in welchem sich das Land auf friedliche Weise bereichert.

Es gibt, wie wir sehen werden, noch andere Kriterien, und sowohl Staaten wie auch Einzel-

personen können bei einer rein materialistischen Lebenseinstellung die Erfahrung machen, daß Entscheidungen, die im Augenblick nützlich erscheinen, sich auf die Dauer ins Gegenteil verkehren.

Es gilt deshalb nicht weniger, daß ein verantwortlicher Minister bei jeder Entscheidung dieses Gebot in goldenen Lettern vor Augen haben sollte. Leider wird seine Entscheidung in den meisten Fällen durch ganz andere Erwägungen beeinflusst.

## Die Vereinten Nationen

Wir wenden uns nunmehr der Außenwelt zu, die einer sich gerade emportürmenden Bergkette gleicht. In jede einzelne der sich formenden Gebirgsfalten sollte die politische Linie Frankreichs eingezeichnet sein oder eingeschrieben werden. Diese Falten tragen Namen wie: Die strategischen Konsequenzen der Kernwaffen; die Notwendigkeit, immer mehr Tatkraft zu entfalten; das fehlende, innere soziale Gleichgewicht der Menschenmassen; die Verschiebung der traditionellen Mächteblöcke; und endlich das Aufkommen neuer Kräfte, der sogenannten Bandung-Staaten.

Der erste Punkt ist klar, aber unsere Suez-Politik hat bewiesen, daß man sich in Frankreich dessen noch nicht bewußt war.

Für eine große Nation ist es sinnlos geworden, Zuflucht zur Gewalt zu nehmen, ausgenommen im Falle einer legitimen Verteidigung, weil die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten, die bei einem allgemeinen Krieg am meisten zu verlieren hätten, den Ausbruch eines Krieges mit allen Mitteln verhindern oder seine Ausdehnung vermeiden wollen. Der Besitz der Atombombe macht die beiden großen Staaten zu Komplizen. Diese Bindung erweist sich als stärker als ihre gegensätzlichen Regierungsformen und ihre Rivalität um die Gunst der Anhänger. Man muß sich also anderer Mittel bedienen, um seine nationalen Ziele zu erreichen.

Bis jetzt hatte die französische Meinung nichts als Spott und Verachtung für die einzige internationale Instanz, die Organisation der Vereinten Nationen, deren Namen schon dem gesunden Menschenverstand zu widersprechen scheint. Die französische Meinung stellte fest, daß der Sicherheitsrat durch das Veto gelähmt, die Generalversammlung ohnmächtig und Frankreich öfter als üblich aufs Armesünderstühlchen gesetzt worden ist.

Die Auffassung bestand nicht zu unrecht. Sie hatte sogar recht. Aber die führenden Männer hätten sich Gedanken machen sollen, als sie sahen, daß sich die Sowjetunion, obgleich ständig in der Minderheit, an ihren Sitz klammert; daß die Vereinigten Staaten, die sich anderen Ländern gegenüber vorwiegend realistisch verhalten, den größten Teil der Ausgaben der Vereinten Nationen bestreiten; daß das kommunistische China sein Verhalten modifiziert in der Hoffnung, in die Vereinten Nationen aufgenommen zu werden; daß die kleinen Länder vor ihrer Tür Schlange stehen und alle Mächte ihr bestes an Diplomatie leisten und an Propagandamitteln aufbieten, um ihre Positionen bei den Vereinten Nationen durch ständiges lobbying, das nun einmal mit jeder Einflußnahme auf eine Versammlung untrennbar verbunden ist, zu verteidigen.

Wir alle, und Frankreich vor allen anderen, wissen, daß der Nationalismus in der internationalen Gesellschaft, wie die Freiheit in der nationalen Gesellschaft, entweder zu Anarchie und allgemeiner Auflösung oder zu Rechtsvorschriften und einer Polizei, die für ihre Re-

spektierung zu sorgen hat, führt. Wir können alle eine wirksamere Organisation gebrauchen. Aber es ist töricht, sich gegen eine Instanz zu sträuben, die wir nicht umgehen können und welche die unumgängliche Durchgangsstelle aller unserer internationalen Angelegenheiten ist, ob wir es nun wollen oder nicht.

Statt noch weiter zu schmolten, sollten wir im Gegenteil Vorschläge unterbreiten, um diese Instanz wirksamer zu gestalten, denn wir ver-

Wir haben schon erwähnt, daß es die ursprüngliche Aufgabe der Führer eines Landes ist, sicherzustellen, daß die Bevölkerung den Lebensstandard des begünstigsten Landes erreicht und aufrechterhält. Man weiß heute, daß sich Frankreich im Interesse der in den kommenden Jahren notwendigen Steigerung seiner Energie und Anschlusses an den Technisierungsprozeß, dessen Wachstum geometrisch verläuft, mit den Ländern zusammentun muß, welche die gleichen Sorgen, die gleichen Institutionen, die gleichen Lebensinteressen, die gleiche Kultur haben und unter gleichen geographischen Bedingungen leben.

Dieses Europa, für das Frankreich Ende der vierziger Jahre nicht ohne Mut und Weitblick die Initiative ergriffen und dessen Verwirklichung durch seine Unschlüssigkeit — angesichts des unglückseligen militärischen Charakters seiner ersten Manifestationen — jäh verhindert worden ist, dieses Europa, das fühlt man mehr und mehr, ist unerlässlich. Euratom und Gemeinsamer Markt sind Grunderkenntnisse, die jetzt schnell in die Tat umgesetzt werden müssen. Eine neue politisch-wirtschaftliche Konstellation wäre das größte Phänomen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Ihre Folgen sind voraussehen: Sie würde die Tendenz zur internationalen Anarchie, die heute so bedrohlich ist, ins Gegenteil verkehren.

Angeichts der großen Menschenmassen, der amerikanischen Menschenmasse, der chinesischen Menschenmasse, der sowjetischen Menschenmasse, der arabischen Menschenmasse, der südasiatischen Menschenmasse, würde eine europäische Union mit ihrer unvergleichlich hoch

Läßt sich aus unserem Interesse für Europa auf mangelndes Interesse für die sogenannte Französische Union schließen? Die Ereignisse haben bewiesen, inwieweit die Entscheidung von der Einsicht beeinflußt worden ist. Wir verzetteln unsere Kräfte nicht, wenn wir uns mit Europa befassen; wir vervielfältigen sie im Gegenteil und können uns dann besser unseren anderen Aufgaben widmen. Aber es gibt eine gewisse Rangordnung. Wir müssen zuerst uns selbst so mächtig und wirtschaftlich so stark machen, daß wir, wie die Vereinigten Staaten, eine Kraft sind, die nicht übergangen werden kann. Wir werden dann über einen Überschuß

fügen zur Einwirkung auf die internationale Meinung über eine ganze Reihe von Atouts, die wir bisher nicht einmal versucht haben auszuspielen. Und da sich Frankreich die Heranbildung junger Nationen zur Unabhängigkeit als Aufgabe gestellt hat, und diese Nationen aufgefordert worden sind, den Vereinten Nationen beizutreten, vollzieht sich eine Art ständiger Neuschöpfung französischen Landes, französischen Geistes und französischer Sprache, die unserer Stimme ein Echo sein können, wenn wir nur keine neuen Fehler mehr begehen.

## Europa ist unerlässlich

entwickelten Technik, Intelligenz, klaren Beurteilung der Dinge, Erfahrung, Zivilisation und Dynamik die düsteren Aussichten mit einem Schlage verändern. Unter einer Bedingung, daß Frankreich führt anstatt die Gunst der Umstände nur zu erdulden. Man hat gesagt: Frankreich ist der Kopf, Deutschland Herz und Muskel. Die ganze Politik Frankreichs sollte auf die Verwirklichung der Vereinigten Staaten Europas gerichtet sein, weil seine Stärke, seine Ausstrahlung, sein Glück, sein Gedeihen davon abhängen.

Noch ein junger Kontinent hinsichtlich seiner enormen Entwicklungsmöglichkeiten bei wohlüberlegten Investitionen würde ein wirtschaftlich blühendes Europa, in dem Menschen und Waren frei zirkulieren können, eine derartige Anziehungskraft ausüben, daß zur Zusammenarbeit und dann zur Beteiligung an einem Vereinten Europa nicht nur England bereit wäre, sondern sich nach und nach auch andere Nationen und Gebiete anschließen würden.

Vielleicht haben unsere Staatsmänner in dieser Sache noch den klarsten Blick gehabt. In dieser Angelegenheit kann ihnen keine Kurzsichtigkeit, sondern nur Schwerfälligkeit vorgeworfen werden. Eine übermäßige Apathie kann leider die gleichen Gefahren heraufbeschwören, denn durchaus geeignete Partner können abspringen und eine günstige Konjunktur kann fast zehn Jahre anhalten und dann vorbei sein. Deutschland hat unter schwierigen Bedingungen ein fast unwahrscheinliches Maß an Einsicht und Weisheit bewiesen. Man darf das Schicksal nicht allzusehr herausfordern.

## Die Französische Union

an Energie und Kapital verfügen, die wir heute nicht einsetzen können, ohne nicht unsere Quellen zum Versiegen zu bringen. Die Mutter kräftigt ihre eigene Gesundheit, damit auch das ungeborene Kind davon „profitiert“. Es ist widersinnig und unmöglich, unsere eigene Substanz anzugreifen, um davon den Lebensstandard der unterentwickelten Länder zu heben.

Bleiben noch die Bindungen, die wir, nach all dem, was wir dabei investiert haben, nicht jäh abbrechen können, ohne uns nicht unnötigerweise die Länder zu Feinden zu machen, die nichts anderes als eine gegenseitige friedliche Durchdringung erstreben. Aber wir sollten die

Art unserer Bindungen ändern. Niemals wieder sollten wir in die törichte Lage geraten, gehaßt zu werden und mit Geld und Blut die Positionen verteidigen zu müssen, die, gemessen an den entscheidenden Zielen, für uns nebensächlich, für die betroffene Bevölkerung aber lebenswichtig sind. Müßten wir tatsächlich zwischen der absurden Lage, in die wir uns haben drängen lassen, und der Preisgabe unserer Positionen wählen, dann hätten wir uns für letzteres zu entscheiden. Gewiß würden daraus schwere Nachteile für eine Anzahl Personen erwachsen, welche die Nation entschädigen könnte und müßte. Es besteht jedoch keine Notwendigkeit, daß es deshalb auch zu einem tragischen Dilemma kommen müßte. Denn die Erfahrung lehrt, daß den Völkern, die unter unserem Protektorat gelebt haben, riesige Gefahren aus einem jähen Bruch erwachsen. Da sie zu einer Selbstregierung noch nicht fähig sind, würden sie sich in Abhängigkeiten stürzen, vor denen sie sich im Grunde fürchten. Es ist daher unsere Aufgabe, mit Hilfe unserer europäischen Partner besondere Beziehungen mit diesen Ländern herzustellen. Hierzu sind die beiden Kardinaltugenden, gesunder Menschenverstand und Ideenreichtum, notwendig. Wenn unsere Politiker es daran fehlen ließen, so haben unsere Verwaltungsbeamten davon um so mehr, und Lösungen entsprechend dem Lande und dem Grad seiner Entwicklung gibt es im Überfluß. Allen aber liegen die gleichen Prinzipien zu-

grunde: Zu allererst Schluß mit den falschen Schlagworten wie „Frankreich ist nichts ohne seine afrikanischen Gebiete.“ Das hat vielleicht zu gewissen Zeiten Gültigkeit besessen. Heute ziehen wir sie wie eine Last hinter uns her.

Die Lösung dieser schwierigen Probleme kann nur gefunden werden, wenn man sich auf die schon erwähnten Grundprinzipien besinnt und sich folgende Fragen vorlegt: Wenn unsere Investitionen in Frankreich produktiver angelegt sind als in Afrika, sollen wir dann unsere Substanz opfern, um den Lebensstandard der Eingeborenen zu heben? Ist es nicht sinnvoller und angemessener, sie für die eigene Entwicklung selbst verantwortlich zu machen, indem man ihnen politische Verantwortlichkeit gewährt? Gibt es denn in Anbetracht der Tatsache, daß sie unsere Hilfe und Vermittlung dringend benötigen, kein Mittel, die politische Eigenverantwortlichkeit mit der Wahrung der Positionen der Franzosen, die in diesen Gebieten leben und sie zu Recht als ihr Vaterland betrachten, zu verneinen? Können Personen, die ihre Zelte abbrechen wollen, nicht von der Gemeinschaft entschädigt werden? Kann die Nutzbarmachung der Sahara z. B. nicht von Frankreich der Gesamtheit der afrikanischen Völker mit europäischer Beteiligung als große Aufgabe vorgeschlagen werden? Hat diese großzügige und projektreiche Politik nicht die gleiche Spannweite wie die der großen Erbauer des Empire, Lyautés, zum Beispiel?

## Die großen Gefahren der Gegenwart

Gleichgültig, ob Frankreich alleinsteht, ob es Anführer einer Gemeinschaft afrikanischer Staaten oder Mitglied einer europäischen Union ist, es kann keinen ausschließlich egoistischen Standpunkt einnehmen. Daß Frankreich zuerst seine unmittelbaren Interessen kundtut, ist gut und auch notwendig. Es werden dadurch dramatische Irrtümer vermieden wie der Verlust von 100 000 Mann, 2000 Milliarden Franken und zehn Jahren im Kampf um Indochina. Aber man kann auch seine Interessen verraten, wenn man nur an sich denkt und sich um die übrige Welt, mit der man solidarisch ist, nicht kümmert. Die große Revolution auf internationaler Ebene, die vor unseren Augen abrollt, ist ein Phänomen, das auf nationaler Ebene in etwa mit der Französischen Revolution vergleichbar ist. Frankreich ist Meister auf dem Gebiet. Unorganisierte Menschenmassen gleich den Hörigen unserer feudalen Gesellschaft finden den Weg zur Persönlichkeit, zum Recht und zu den Bedürfnissen. Intelligent und ungeheuer zahlreich fordern sie nicht nur einen Platz an der Sonne, sondern auch Gleichheit, Achtung und das Ende der Privilegien.

Die klassenlose Gesellschaft, die Länder wie Amerika oder England und innerhalb einer europäischen Union vielleicht morgen auch Frankreich auf nationaler Ebene zu verwirklichen im Begriff sind, nimmt jedoch auf internationaler Ebene das Aussehen einer Gesellschaft an, in der die Besitzenden, die alles und immer noch mehr haben, und die anderen, die

nichts haben und die eine ständig wachsende Kluft von den Besitzenden trennt, nebeneinander existieren. Einige Länder, wie China und einst Rußland, entwickeln sich aus eigener Kraft, andere wissen oder können es nicht. In dem einen wie in dem anderen Falle lastet eine schwere Bedrohung auf der internationalen Gesellschaft. Getrieben von Elend oder Neid versuchen die jungen unterentwickelten Nationen, ihren minderen Status vor allem durch Betonung ihres jungen Nationalismus zu kompensieren, um den Reichen zu trotzen. Schlimmer noch, sie können sich mit Hilfe von Maßnahmen mit übermenschlicher Härte und Strenge wappnen, die Isolierung und ein totalitäres Regime zur Folge haben, das zu unvermeidlichen Umwälzungen führen muß.

## Frankreichs eigentliche Mission

Weit entfernt von der Vorstellung, daß Frankreich eine alte Dame ist, die mit anderen alten Damen danach trachten muß, sich so lange wie möglich in einer Welt zu erhalten, in der sie sich nicht mehr wohlfühlt und ihre Privilegien keine Gültigkeit haben, glauben wir im Gegenteil, daß Frankreich eine völlige Erneuerung der Staatenkonstellation anregen und im Verein mit seinen Partnern den Vereinigten Staaten ebenbürtig werden und seine eigentliche Mission, die Betonung der menschlichen Seite der Entwicklung, erfüllen kann.

Es erregt vielleicht Verwunderung, daß bei dieser Deutung der französischen Außenpolitik

Hier liegt eine der großen Gefahren der Gegenwart, denn die Chancen für einen dauerhaften Frieden, zu dem die Menschheit wegen der Kernwaffen „verdammte“ ist, setzen voraus, daß sich die führenden Persönlichkeiten aller Länder in der humanen Wertung tragbarer Risiken einig sind. Wird diese Wertung irgendwo, aber besonders in einem Land geschmälert, das unter Minderwertigkeitskomplexen leidet und die Industrieausrüstungen, die es von einem totalitären Regime erhalten hat, für einen Aktivposten hält, dann liegt das Schicksal der Welt in den Händen einer ganz kleinen Minderheit von Fanatikern.

Frankreich allein ist nicht in der Lage, diese Art Bedrohung abzuwenden, sondern es handelt sich hier um ein Anliegen aller, und Frankreich, das weiterhin geistig Außergewöhnliches bieten kann, hat die Pflicht, seine Fähigkeit des Maßhaltens, seine Urteilskraft und Humanität voll zu entfalten, um politische Maßnahmen zu fördern, die verhindern, daß sich die Bedrohung verdichtet. Es hat schon die Bildung von Investitionsfonds vorgeschlagen, wozu noch technisches und menschliches Kapital kommen muß, die den unterentwickelten Ländern nicht von einer bestimmten Nation zur Verfügung gestellt werden sollen, weil diese Form der Hilfeleistung bekanntlich zu den wohlbekanntem Ressentiments gegen die Wohltäter führt, sondern von der Gesamtheit selbst.

Mit anderen Worten, wie Mildtätigkeit und Wohltäterschaft durch staatliche Hilfe ersetzt worden sind, so dürfte es die Pflicht aller Nationen sein, entsprechend ihren Möglichkeiten der Menschheit zu helfen, einen wenn auch nicht in allen Punkten denselben, so doch wenigstens vom Standpunkt der allgemeinen Entwicklung und sinkenden Disparität angeglichenen Lebensstandard zu erreichen. Auf Länderebene leben wir in einer Epoche, in der ein Rockefeller Milliarden verdiente, während woanders Arbeitslosigkeit und Elend an der Tagesordnung waren. Die gleiche Entwicklung, welche die Vereinigten Staaten zu einem Lande macht, wo jeder reich aber fast niemand Milliardär ist, drängt sich früher oder später auch der Gesamtheit der Nationen auf, sollen revolutionäre Situationen vermieden werden.

so wenig vom Bündnis mit den Weststaaten und vom Kommunismus die Rede ist.

Nach meiner Ansicht sind bei Behandlung dieser beiden eng miteinander verflochtenen Fragen zwei Epochen zu unterscheiden:

Bei der ersten handelt es sich um die Gegenwart und somit um die Verlängerung der Periode des Kalten Krieges, die mit der Person eines Mannes verbunden ist: Stalin. Der Atlantikpakt hat den Kommunismus in Europa großartig im Zaume gehalten, und wir verdanken es ihm allein, daß wir noch leben. Solange Europa noch nicht steht, muß sein Aufbau Angelpunkt der französischen Politik blei-

ben. Wenn Europa steht, wird der Atlantikpakt zwar bleiben, doch wird sich seine Bedeutung wandeln. Amerika hat Europa auf Grund der strategischen Gegebenheiten, die sich aus der Kombination von H-Bombe und ferngelenkten Geschossen herleiten, nicht mehr unbedingt zum Schutze nötig. Es ist Sache Europas, potentiell mächtiger als Rußland und ebenso mächtig wie die Vereinigten Staaten, sich selbst zu schützen. Die Bindungen an Amerika werden notwendigerweise eng bleiben, aber es wird kein Abhängigkeitsverhältnis mehr bestehen, sondern eine wechselseitige Abhängigkeit wie das Verhältnis Englands zu den Commonwealth-Staaten. Die emotionellen Bindungen und wirtschaftlichen Beziehungen werden sich nur in diesem Rahmen entwickeln. Die europäische Union wird sich zwar nicht in den nächsten fünfzig Jahren aber im kommenden Jahrhundert in eine größere, alle europäischen und atlantischen Staaten umfassende Union umwandeln. Das bleibt einer späteren Epoche vorbehalten. In der gegenwärtigen Etappe muß vor allem jede Aufweichung des Bündnisses vermieden werden.

Das Problem des Kommunismus ist seiner Natur nach geeignet, sich noch viel schneller zu entwickeln. In dem Maße, wie es die Gesamtheit

der Nationen an rechtzeitiger Hilfe hat fehlen lassen, werden unterentwickelte Länder zwar neue kommunistische Krisen erregen, um ihren wirtschaftlichen Aufbau zu beschleunigen, doch hat andererseits die innere Auflösung des Stalinstischen Reiches begonnen, woran heute niemand mehr zweifeln kann. Eine politische und keine wirtschaftliche Auflösung. Nachdem Rußland die Industrialisierung erfolgreich durchgeführt hat, hält es die Polizei zur Beherrschung des Landes für weniger notwendig. Dieser bescheidene Versuch, etwas Freiheit zu gewähren, ist jedoch mit der Herrschaft über die Satelliten unvereinbar. Diese haben nicht die gleiche Veranlassung wie die Russen, im großen und ganzen mit ihrem politischen Regime zufrieden zu sein. Sie wollen weniger Abhängigkeit von Moskau und zugleich mehr Freiheit im Lande selbst haben. Wenn dieser Prozeß einmal begonnen hat, gibt es trotz dramatischer Rückschläge keine Umkehr mehr. Eine Befreiung der Satellitenländer und eine Beteiligung des Westens an ihrer Entwicklung befinden sich jetzt im unmittelbaren Bereich des Möglichen. Eine Entwicklung Rußlands zugunsten einer friedlichen Zusammenarbeit mit den stärksten Ländern des

Westens ist denkbar. Eine Wiedervereinigung Deutschlands wird möglich. Auf die Dauer ist ein russisch-amerikanisches Zusammengehen gegen China unvermeidlich.

Daher hat die Frage nach der Politik gegenüber dem Eisernen Vorhang ihre Schärfe und gleichzeitig auch ihre Aktualität eingebüßt. Große Veränderungen zeichnen sich ab, die durch eine aktive, gegenwartsnahe und positive Politik ermutigen sollten. Aber jenachdem wie sich Frankreich des „Zeitgeistes“ und der die Welt bewegenden Kräfte wirklich bewußt geworden ist, wird es voll und ganz an den technischen Umwälzungen des Lebensstandards, die für das ausgehende 20. Jahrhundert charakteristisch sein werden, teilhaben und der Welt helfen, die Krisen, die der Anpassungsprozeß auslöst, zu überstehen und den Weg zu einer friedlichen Entwicklung zu finden. Wenn Frankreich trotzig darauf beharrt, der Vergangenheit zu leben, dann wird es allein dastehen, verbittert, enttäuscht, abseits der großen Entwicklungsströme, irgendwelchen internen Auseinandersetzungen minderer Bedeutung ausgeliefert, während es die Welt mit dem Mitleid betrachten würde, das sie für Gescheiterte übrig hat.

HAMILTON FISH ARMSTRONG

## Nördlich des Khyber

Man kann die bekannte Formel von Sir Isaac Newton zitieren, wenn man erklären will, warum die Sowjetunion zuversichtlich damit rechnet, daß sie ihre sich selbst gesteckten Ziele in Afghanistan letztlich erreichen wird: „Die Anziehungskraft zwischen zwei Körpern ist proportional zu ihren Massen und umgekehrt proportional zum Quadrat ihrer Entfernungen.“

Der große Koloß der sowjetischen Landmacht blockiert völlig die nördliche Grenze von Afghanistan, das daher eine gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion von insgesamt rund 2300 Kilometer Länge hat. Die Vereinigten Staaten jedoch — der um die afghanische Freundschaft rivalisierende Magnet — liegt am anderen Ende der Welt. Es kann wenig Zweifel darüber bestehen, nach welcher Richtung der Kompaß, den Naturgesetzen folgend, in diesem Falle ausschlägt.

Die Naturgesetze können jedoch durch menschliche Faktoren eingeschränkt werden, in diesem Falle durch die weise Voraussicht und die wohlausgewogene Selbstentscheidung der afghanischen Staatsmänner. Ob sich diese Faktoren in einem ausreichenden Maße, und vor allem auch rechtzeitig, auswirken können, — das wird in erster Linie von den Methoden ab-

hängen, deren sich die Sowjets zur Verwirklichung ihrer Fernziele bedienen. Für uns besteht die Schwierigkeit daher nicht so sehr in der Analyse dieser sowjetischen Fernziele — die unserer Ansicht nach klar erkennbar sind — als vielmehr in der Abschätzung der Methoden, mit deren Hilfe Moskau diese Ziele zu erreichen sucht. Diese Methode wird nämlich nicht nur die Einstellung der afghanischen Staatsmänner zu der kommunistischen und der freien Welt in einer Zeit beeinflussen, in der Afghanistan noch in etwa eine Entscheidungsfreiheit verbleibt; diese Methode wird vor allem von ungeheurer Bedeutung für die Nachbarländer sein, die jetzt immer noch zögern, ob sie tatsächlich neutral, oder aber „neutral auf seiten der Sowjets“ sein sollen.

Deutet das geradezu stürmische Interesse an Afghanistan, das die Sowjets durch Chruschtschows und Bulganins Besuch nach Kabul im vorigen Dezember und durch die Gewährung eines Kredites in Höhe von einer Million Dollar an den Tag gelegt haben, etwa auf den Versuch hin, dieses Land ganz offen, schnell und vielleicht auch mit Gewalt an sich zu reißen? Oder handelt es sich hier um die erste Etappe eines viel subtileren Planes: nämlich den, Af-

ghanistan als ein Modell-Schau fenster auszubauen, in dem die Sowjetunion ihre neuen Propaganda-Waren auslegen kann?

Die Versuchung muß groß sein, das erstere zu tun, da Afghanistan militärisch schwach und von den Zentren der westlichen Macht abgeschnitten ist. Die Sowjets könnten Afghanistan dann als eine Basis benutzen, um von dort aus Indien und Pakistan direkt zu bedrohen und diese Länder zu einer „wohlwollenden Neutralität“, ja vielleicht sogar Partnerschaft zu zwingen. Eine solche Politik wäre dann Teil eines großangelegten Versuches, den gesamten Nahen Osten und ganz Südostasien zu durchdringen. Die „Schaufenster-Demonstration“ würde jedoch mit der augenblicklich von den Sowjets verfolgten Gesamtstrategie mehr in Einklang stehen. Schon jetzt sprechen viele Leute in Asien von dem „Neuen Rußland“ und verwechseln damit Schein und Wirklichkeit. Afghanistan bietet den Nachfolgern Stalins eine wunderbare Gelegenheit, um zu demonstrieren, was das „Neue Rußland“ auf Grund seiner wachsenden industriellen Stärke in selbstloser Weise für seine unterentwickelten Nachbarn tun kann, ohne dabei — und das wird besonders herausgestellt — als Gegengabe für seine wirtschaftliche und

finanzielle Hilfe mehr als Bewunderung und kameradschaftliche Freundschaft zu verlangen.

Wie die Dinge heute liegen, würde die afghanische Regierung zweifellos einer sowjetischen Aggression mit allen verfügbaren Mitteln Widerstand leisten und die Vereinten Nationen um Hilfe ersuchen. Ob diese dann einen Weg der Hilfe finden würden, sei dahin gestellt. Etwas ganz anderes ist jedoch die Frage, wie Afghanistan einen schleichenden Prozeß der Infiltration zum Stehen bringen kann, der zu keinem Zeitpunkt als offene Aggression zutage treten würde. Ministerpräsident Prinz Mohammed Daud — ein Vetter des Königs — ist ein resoluter Mann, der zur Zeit die ganze Apparatur der Regierung fest in seiner Hand hat. Das Ausmaß seiner Macht ist aber vielleicht zugleich auch seine Schwäche. Er geht nämlich in seinen Überlegungen voller Zuversicht davon aus, daß er die Machtfaktoren außerhalb seines Landes genau so vollständig seinen Zielen nutzbar machen kann, wie er das mit den Machtfaktoren seines eigenen Landes getan hat. Kürzlich erklärte er mir in Kabul, er mache keinerlei Unterschiede zwischen den einzelnen Nationen, die seinem Lande wirtschaftliche Hilfe gewähren würden, vorausgesetzt, daß man diese Hilfe nicht mit Bedingungen zu verquicken sucht. Auf die Frage, ob er bei seiner Wertung nicht Charakter, Vergangenheit und Ziele dieser verschiedenen Nationen mit in Rechnung stelle, antwortete Mohammed Daud: „Darum geht es gar nicht. Entscheidend ist nur die afghanische Entschlossenheit, sich nicht beherrschen zu lassen. Wir fürchten niemanden.“ Dies ist eine mutige Haltung. Deuten aber etwa die Erfahrungen eines Landes wie die der Tschechoslowakei darauf hin, daß eine solche Haltung berechtigt ist?

Die starke Tendenz zur Selbsttäuschung wird naturgemäß immer dann vorhanden sein, wenn die ausgesetzte Belohnung verschwenderisch groß ist, und die Risiken einer Annahme dieser Belohnung nicht heute, sondern erst morgen eingegangen zu werden brauchen. Die Staatsmänner Afghanistans geben nur ungern ihre Beunruhigung über das Ausmaß zu, in dem ihr rückständiges Land mit einem Jahresetat von nur rund 25 Millionen Dollar zum Schuldner eines mächtigen Nachbarn geworden ist. Der große russische Kredit vom vorigen Dezember \*) war jedoch eine bemerkenswerte Angelegenheit, nicht nur in Anbetracht der Tatsache, daß die afghanische Kapazität zur Rückzahlung selbst unter den angebotenen, überaus günstigen Bedingungen als sehr gering eingeschätzt werden muß. (Der Kredit hat eine Laufzeit von dreißig Jahren und einen Zinssatz von zwei Prozent. Der Kredit ist in zweiundzwanzig Jahresraten rückzahlbar, die erst in acht Jahren beginnen.) Hier handelt es sich vielmehr um eine der größten Anleihen, die die Sowjetunion bisher irgend einem Land gewährt hat.

Der Kredit stellte damals etwa ein Viertel aller sowjetischen Investitionen im Ausland dar — einschließlich der Investitionen in China. Die Sowjetunion hatte Afghanistan schon früher

Darlehen und Kredite eingeräumt; dasselbe hatten in beschränkterem Umfange die Tschechoslowakei, Polen und Ungarn getan. Hier handelte es sich jedoch um relativ geringe Summen. Wenn man alle diese Kredite addiert, so ist Afghanistan jetzt dem Sowjetblock mit etwa 121 Millionen Dollar (ausschließlich der Kapitalzinsen) verschuldet. Die Rückzahlung soll in Waren erfolgen. Dazu kommen als mindestens ebenso große Belastung für das afghanische Budget auf viele Jahre hinaus die Aufbau- und Instandhaltungskosten im Lande selber (Transport, Arbeitskräfte, Eigenmaterialien usw.). Die Gesamtkosten der sowjetischen Hilfe werden sich somit für Afghanistan im Endeffekt auf etwa 240 Millionen Dollar belaufen. Man muß ferner die afghanische Verschuldung dem Westen gegenüber in Rechnung stellen. Kredite der Export-Import-Bank für ein riesiges Entwicklungsprogramm im Helmand-Tal belaufen sich auf 39,5 Millionen Dollar; ein in Aussicht genommenes, kleineres Darlehen für die Luftfahrt von Seiten der Vereinigten Staaten würde, wenn das Geschäft abgeschlossen wird, die Gesamtverschuldung des Landes gegenüber dem Westen auf annähernd 50 Millionen Dollar bringen (hierin sind wiederum die Kapitalzinsen nicht inbegriffen). In Anbetracht der Notwendigkeit, die im eigenen Lande entstehenden Unkosten zu decken, muß dieser Betrag ebenfalls verdoppelt in Ansatz gebracht werden.

## Schaufenster des Kommunismus

Es geht hier natürlich um mehr als die mögliche Einmischung eines Kreditgebers in die finanziellen Angelegenheiten eines schwachen Schuldners. Wenn die Vereinigten Staaten Ingenieure, technische Experten und Verwaltungsberater um die halbe Welt herum der afghanischen Regierung zu Hilfe schicken würden, so läge darin auch nicht die geringste Bedrohung für die afghanische Unabhängigkeit oder Sicherheit. Selbst wenn die Vereinten Staaten das wollten, so könnten sie mit solchen oder irgendwelchen anderen Mitteln Afghanistan niemals „einkassieren“. Wenn jedoch Moskau eine Schar von sowjetischen Experten mit dem üblichen Prozentsatz an Propagandisten, Spionen und Saboteuren entsendet, dann wären die Folgen für Afghanistan möglicherweise katastrophal. Tatsächlich hat sich in den letzten Monaten die Zahl der sowjetischen Techniker von ungefähr 100 auf 600 erhöht; eine weitere Erhöhung steht zu erwarten gemäß dem Umfang, in dem die Pläne zur Vorausgabe des sowjetischen Kredites verwirklicht werden \*). Dieser Art von Bedrohung sah sich Jugoslawien im Jahre 1948 ausgesetzt. Tito's Rebellion gegen Moskau kam buchstäblich im letzten Augenblick. Würde Afghanistan in der Lage sein, ebenso erfolgreich zu reagieren, wenn die sowje-

\*) Die Mittel sind vorläufig für folgende Projekte disponiert worden: 30 Millionen Dollar für den Straßen- und Brückenbau; 5 Millionen für das Erziehungswesen; 25 Millionen für Maschinen und technische Dienste; 15 Millionen für Waffen und schließlich 5 Millionen für Verschiedenes.

Die Gesamtverschuldung einschließlich der Kosten im eigenen Lande wird sich daher auf rund 340 Millionen Dollar belaufen. Diese Verschuldung müßte die afghanische Regierung durch Zahlungen in Waren oder in bar abdecken. Hinzu kämen die jeweiligen Kapitalzinsen. Für ein Land mit einem augenblicklichen Jahresetat von 25 Millionen Dollar muß diese Summe als geradezu vernichtend angesehen werden. Der Etat des Landes läßt auch kaum einen Spielraum für Umdispositionen zu; die Steuereinkünfte liegen auf Grund des geringen Lebensstandards mehr oder weniger fest. Zolleinnahmen werden durch den verstärkten Handel mit Rußland nicht vermehrt werden, da alle Waren, die auf Grund des sowjetischen Kredites in das Land kommen, selbstverständlich zollfrei sind. Man hat mir gesagt, daß die afghanische Regierung auf der Habet-Seite ihrerseits auch Darlehen aufweist. Es wird jedoch mehr als einer solchen Manipulation bedürfen, um den Druck zu überleben, den der Hauptgläubiger des Landes jederzeit ausüben könnte. Moskau könnte jeder Kritik des Auslandes, daß es einen ungerechtfertigten Druck ausübe, einfach ausweichen, indem es die Übernahme der Instandsetzungskosten für die sich ausdehnenden Betriebe anbietet — Kosten, die für die afghanische Regierung eben einfach nicht mehr tragbar wären.

tische Infiltration erst einmal so weit fortgeschritten ist?

Wenn den Sowjets derartige Vorteile winken, wird ihre Wahl mit Sicherheit auf die zweite Alternative für ihre Politik in Afghanistan fallen: Sie werden ein kommunistisches Schaufenster zur Erbauung der benachbarten asiatischen Völker errichten. Sie werden die verschiedensten, im ganzen Lande weitverbreiteten Entwicklungsprojekte durch Agenten im Gewande von „Technikern“ unterwandern. In den Regierungsämtern werden diese Agenten als „Berater“ auftreten. Die Sowjets werden dann in der möglichst smartesten Weise bereit und in der Lage sein, dem Schuldner den Hahn abzudrehen, wenn dessen Unternehmungen seine Kapazität ganz offensichtlich zu übersteigen beginnen. Diese Form der Politik steht im Einklang mit der derzeitigen Betonung einer friedlichen Koexistenz; darüber hinaus bietet diese Politik den zusätzlichen Vorteil, daß sie von den Nationen des Westens nur sehr schwer kritisiert und wirksam bekämpft werden kann. Die Sowjets geben auch nichts von augenblicklicher militärischer Bedeutung auf. Die offene Besetzung von Afghanistan würde tatsächlich die operative Lage der Sowjets kaum spürbar verbessern. Schon jetzt können sowjetische Flugzeuge von eigenen Basen aus bis an den Indischen Ozean und an das Arabische Meer vordringen. Die Errichtung vorgeschobener Basen auf afghanischem Gebiet würde den Transport großer Öl-Vorräte nach Afghanistan und die Bereitstellung von Speicher-Anlagen in diesem

Lande erforderlich machen. Sollten einige von diesen Anlagen südlich des riesigen Hindu Kuhs-Gebirges liegen, so würde das ganze Unternehmen gewaltige Ausmaße annehmen. Warum sollte man sich dem unterziehen, wenn bereits jetzt die sowjetische Luftmacht in der Lage ist, nach Belieben Indien, Pakistan und deren Nachbarn zu bedrohen?

In Indien erkennt man ganz klar die Realitäten der militärischen Lage. Das geht zwischen den Zeilen der Reden des Ministerpräsidenten Nehru hervor. Einschüchterung ist jedoch nicht die Karte, die die sowjetische Führung zur Zeit ausspielt. Diese Karte wird in Reserve gehalten, während man die noch nicht auf der einen oder anderen Seite festgelegten Länder davon

## Eröffnungszüge

Die sowjetische Führung spielt zur Zeit die Eröffnungszüge ihres Spieles in Afghanistan mit Geschick und in aller Stille. Die Sowjets haben dabei von den Fehlern oder auch von dem mangelnden Interesse der rivalisierenden Mächte, sowie von der Selbstzufriedenheit der herrschenden Kreise in Kabul profitiert. Wir haben jedoch bis jetzt eben nur die Eröffnungszüge erlebt. Noch können sich die mannigfaltigsten Hindernisse der Erreichung all dessen in den Weg stellen, was sich die sowjetischen Strategen bei diesem Spiel erhoffen. Das erste Hindernis liegt in dem traditionellen Mißtrauen begründet, das die Afghanen allem und jedem gegenüber an den Tag legen, der aus den wilden Steppen jenseits des Oxus kommt, d. h. der Invasions-Route der zerstörerischen Horden eines Jenghiz Khan, Tamerlane und der nachfolgenden Eroberer. Das zweite Hindernis rührt von dem Widerstand her, den die Muselmänner allen Einflüssen von außen ganz allgemein entgegenbringen. Das gilt insbesondere von Einflüssen aus dem Lande, in dem die Moscheen zerstört und die Bildungseinrichtungen der Mohammedanischen Lehre geschlossen wurden. Schließlich gibt es noch ein drittes Hindernis: den beträchtlichen, wenn auch nur ganz vage zum Ausdruck gebrachten „good will“ der Afghanen gegenüber den Vereinigten Staaten.

Die Furcht vor Rußland ist in Afghanistan weit verbreitet, findet jedoch in Anbetracht der amtlichen Politik einer Kooperation wenig Ausdrucksmöglichkeiten. In letzter Zeit hat diese Furcht auch dadurch nachgelassen, daß man in Kabul mit russischer Hilfe ins Auge stechende Annehmlichkeiten aufgebaut hat: so etwa einen Getreide-Elevator mit kombinierter Bäckerei, einen Benzin-Vorratstank, — der auf einem Hügel oberhalb der Stadt steht und mit glitzernden Neonlichtern verziert ist, — sowie natürlich die gepflasterten Straßen, mit denen viel Reklame gemacht wurde, und die jetzt unter den Hufen der sogenannten „TONGA“-Ponies etwas ungewohnt widerhallen. Als eine letzte Freundschaftsgeste gab Chruschtschow seiner Zeit ganz überraschend am Ende seines Besuches bekannt, daß die Sowjets der Stadt Kabul ein Krankenhaus mit 100 Betten schenkten.

zu überzeugen sucht, daß eine Zusammenarbeit mit Moskau in keiner Weise eine Beeinträchtigung der eigenen Unabhängigkeit mit sich bringen wird. Diese Parole wird an die Massen selber herangebracht. Wie Chruschtschow und Bulganin demonstriert haben, ist man hierin unerhört erfolgreich. Die Sowjets zielen ja nicht nur darauf ab, die einzelnen Regierungen davon abzuhalten, bei bestimmten Streitfragen ihr Gewicht auf der Seite der Freien Welt in die Waagschale zu werfen. Vielmehr soll die Friedenspropaganda in den verschiedenen beteiligten Ländern einen solchen Druck der Massen erzielen, daß die Regierungen dadurch für immer außer Stand gesetzt werden, zu einem unabhängigen Kurs des Handelns zurückzukehren.

(Nebenbei bemerkt rief diese Geste unter den medizinischen Gesundheits-Behörden eine große Verwirrung hervor, da diese antikommunistisch eingestellt sind, gleichzeitig aber neue Krankenhäuser dringend benötigen.)

Trotz alledem hält sich das Mißtrauen gegenüber Rußland hartnäckig. Man kann natürlich kaum von nationalen Gefühlen in einem Lande sprechen, in dem eine Vielzahl von Stämmen ganz verschiedene Sprachen sprechen, nur drei Prozent von ihnen überhaupt lesen und schreiben können und viele von ihnen Nomaden sind, die dazu noch durch Gebirge und Wüsten voneinander getrennt sind. Dazu kommt schließlich, daß die herrschenden Stämme — die sogenannten Pushtuns — im Lande als ganzem eine Minderheit darstellen —, wenngleich sie auch die größte Einzelgruppe überhaupt sind. Es gibt in Afghanistan keine politischen Parteien und keine freie Presse. Das Parlament ist eigentlich mehr eine Art „Andeutung“. Unter

Da Afghanistan so gut wie ganz mohammedanisch ist, ist die Haltung der klerikalen Kreise in dem Konflikt zwischen dem kommunistischen und den westlichen Einflüssen möglicherweise besonders wichtig. Der Islam ist von Marokko bis hin nach Zentralasien in einem revolutionären Fermentierungsprozeß begriffen. Es heißt, daß viele einflußreiche Ulemans der traditionellen mohammedanischen Lehre sowohl auf dem theologischen, wie auf dem sozialen Gebiet weit vorausgeeilt sind. Eine nicht unbeachtliche Anzahl von ihnen soll einen allmählichen Prozeß der Säkularisation und der Modernisierung des heiligen Gesetzes, des sog. SHARIAH, befürworten. Diese Ulemans nehmen für ihre Haltung das Argument in Anspruch, daß der Koran einen weiten Spielraum für eine evolutionäre Entwicklung ausdrücklich zuläßt. Diese „liberale“ Tendenz — die zwar Reformen anstrebt, aber dennoch nationalistisch ist — tritt am deutlichsten zutage in Ägypten, wo sich die berühmte Universität von All-a-zhar über 1000 Jahre dadurch gehalten hat, daß sie sich ständig den wechselnden Verhältnissen an-

diesen Verhältnissen vertritt außer dem König und seinen, die Regierung kontrollierenden Vettern, niemand einen nationalen Standpunkt.

Dennoch sagt man einigen Einzelpersonlichkeiten und Gruppen nach, daß sie mit der augenblicklichen Politik des Auspielens der Sowjetunion gegen die Vereinigten Staaten und umgekehrt keineswegs zufrieden sind. Es handelt sich hier um einige der älteren Mitglieder der königlichen Familie, die Rußlands traditionellen territorialen Ambitionen und seine Mißachtung vertraglicher Abmachungen in der nicht allzu fernen Vergangenheit noch in guter Erinnerung haben. (So etwa hinsichtlich der Garantie für die Unabhängigkeit von Bokhara und Khiwa in dem sowjetisch-afghanischen Vertrag von 1921). Diese Kreise sind wahrscheinlich der Ansicht, daß die jetzige Regierung in ihrer zu engen Anlehnung an Rußland die Bahnen einer Außenpolitik verläßt, die sich unter großen afghanischen Staatsmännern wie Abdur Rahman und Nadir Shah so bewährt hatte. Diese Staatsmänner hatten niemals von einer Seite mehr angenommen, als sie gleichzeitig in Form eines Gegengewichtes von der anderen erhalten konnten. Ebenfalls beunruhigt über den jetzigen Kurs sind möglicherweise die Häuptlinge einiger Stämme außerhalb der Pushtun-Gruppe; dazu einige Armeeeoffiziere, deren Sprecher vielleicht der frühere Verteidigungsminister ist; dieser wurde im letzten Jahr entlassen — so sagen manche — weil er sich dem König gegenüber direkter verpflichtet fühlte als gegenüber dem Ministerpräsidenten. Schließlich gibt es noch eine ziemlich kleine, aber nicht unwichtige Gruppe von Intellektuellen, die Westeuropa oder die Vereinigten Staaten besucht, oder auch nur dort studiert haben. Keiner dieser kritisch eingestellten Gruppen scheint heute einflußreich zu sein. Das könnte sich aber in einer veränderten Lage sofort ergeben.

## Die Rolle des Islams

paßte. Diese Tendenz herrscht auch in Persien und im Irak vor — und Afghanistan ist eben auch nicht frei davon. Unterstützung findet diese Bewegung sehr stark bei der jüngeren Generation, besonders bei der wachsenden Zahl von jungen Frauen, die die Polygamie hassen und vom Schleier befreit sein möchten.

Prima facie hat es den Anschein, als ob diese religiöse und soziale Reform eher dem Westen zugute kommt. Das braucht aber nicht notwendigerweise der Fall zu sein. Amerikanische Staatsmänner sind immer gern von der Annahme ausgegangen, daß der Islam konservativ ist und daher der Ausbreitung des Kommunismus wirksame Grenzen setzt. Ihre Erklärungen dieser Art haben dazu geführt, daß man unsere Politik mit der „Reaktion“ identifiziert, und sich somit mindestens ein Teil der fortschrittlichen Führer des Islams instinktiv Rußland zuwendet — und zwar nicht etwa aus irgendeiner Vorliebe für den Kommunismus. Vielmehr ist der Grund darin zu suchen, daß die Sowjets mit ihrer augenblicklichen Strategie ähnliche Tendenzen bei den Mohammedanern in der

UdSSR unterstützen und sie darin ermuntern wollen, den fortschrittlichen mohammedanischen Führern im Ausland das Angebot einer Zusammenarbeit zu machen. Wir Amerikaner scheinen uns der Gefahr auszusetzen, daß für uns eines Tages als Verbündete nur noch die altmodischsten und dogmatischsten Mullahs von rein lokaler Bedeutung übrig bleiben.

Man mag hier mit Recht die Frage stellen, warum die mohammedanischen Führer im Nahen und Mittleren Osten nicht durch die Berichte über die schlechte Behandlung umgestimmt werden, die ihren Glaubensgenossen in der Sowjetunion widerfahren ist. Das scheint seinen Grund darin zu haben, daß man solchen Berichten nur zum Teil Glauben schenkt; vor allem aber darin, daß die Schließung der Moscheen und der mohammedanischen Institute schon weiter zurückliegt, und heute an Stelle der alten antireligiösen Schlagworte die Religionsfreiheit postuliert wird. Das Nachrichtenblatt der sowjetischen Botschaft in Kabul veröffentlichte vor kurzem eine Erklärung, wonach in Tashkent heute 30 große Moscheen geöffnet sind und ungehindert benutzt werden dürfen. Dasselbe gilt auch für Moscheen in benachbarten Städten. Die Zahl der mohammedanischen Institute ist — so läßt sich aus dieser Erklärung schließen, in demselben Maße verringert worden, wie das bei den orthodoxen Kirchen in Moskau der Fall war, wo an Stelle der rd. 500 oder mehr Kirchen, die vor der Revolution existierten, heute nur noch ungefähr 50 vorhanden sind. Dennoch haben es die sowjetischen Behörden erreicht, daß ihre Behauptung, die mo-

hammedanische Religionsausübung sei in der Sowjetunion heute hinreichend sichergestellt, von den Mohammedanern im Ausland gläubig hingenommen wird. Die Sowjets bedienen sich dabei u. a. des Tricks, daß sie sehr sorgfältig auswählen, welche Moscheen und Institute geschlossen, und welche geöffnet bleiben dürfen. Sie profitieren zweifellos davon, daß sie diejenigen Moscheen weiter bestehen lassen, die von den sogenannten „Liberalen“ betreut werden, d. h. von den Reformern, die den evolutionären Aspekt des Islam betonen und sich für eine Säkularisierung einsetzen. Moskau stellt also sicher, daß sich die kommende mohammedanische Führung im sowjetischen Zentralasien soweit wie nur irgend möglich in Übereinstimmung mit den sozialen Konzeptionen des Regimes befindet; dadurch, daß sie schließlich den Kontakt zwischen den fortschrittlichen Elementen des Islams im eigenen Lande mit denen im Ausland begünstigen, schaffen die Sowjets eine neue, mohammedanische, übernationale Gemeinschaft \*).

Angesichts dieser Lage kommt der Betrachter etwas in Verlegenheit, wenn er die Auswirkungen abschätzen soll, die sich für Moskau bei der Durchführung seiner Absichten in Afghanistan aus dem mohammedanischen Charakter dieses Landes ergeben werden. Zur Zeit stellt der mohammedanische Faktor zweifellos ein Hindernis dar. Wir sollten jedoch nicht von der Annahme ausgehen, daß dies in Afghanistan oder in irgend einem anderen mohammedanischen Land automatisch und ein für alle mal der Fall sein wird.

## Die Pushtun-Frage

Wenn Amerika in Afghanistan nach wie vor tatsächlich mit einem allgemein verbreiteten Gefühl des guten Willens rechnen kann, so ist dies eigentlich in Anbetracht der Tatsache erstaunlich, daß sich Afghanistan in einer erbitterten territorialen Auseinandersetzung mit Pakistan befindet, Pakistan aber seinerseits von den Vereinigten Staaten Militärhilfe empfängt. In einer Diskussion mit Afghanen über diese Lage erklärt man am besten immer, daß die wenigsten Amerikaner jemals überhaupt etwas von der Pushtunfrage — den Hauptdiskussionspunkt zwischen Afghanistan und Pakistan — gehört haben, und daß selbst diesen wenigen niemals der Gedanke an einen entscheidenden Zusammenhang gekommen ist zwischen dieser Streitfrage und den Plänen zum Ausbau der militärischen Stärke Pakistans mit Blickrichtung gegen die Sowjetunion. In ganz ähnlicher Weise fällt es auch den Indern schwer zu verstehen, daß wir nicht die Kaschmirfrage vor Augen hatten, als wir uns zu einer Hilfe für Pakistan entschlossen. Tatsächlich neigt man in beiden Ländern zu der Schlußfolgerung, daß die Vereinigten Staaten an dem Streit sowohl um das Pushtun-Gebiet wie um Kaschmir schuld sind. Dabei meint man natürlich, daß wir, ohne es zu wollen, die Position von Pakistan in Bezug auf die Behandlung beider Fragen gestärkt haben. Natürlich existierten diese beiden Streitfragen

schon lange bevor unsere Militärhilfe für Pakistan entscheidende Ausmaße annahm. Es muß aber zugegeben werden, daß die Afghanen und Inder in soweit berechnete Beschwerde führen können, als es Washington unterlies, die Nebenwirkungen abzuschätzen, die sich durch den Ausbau der pakistanischen Stärke gegenüber der Sowjetunion ergeben konnten. Es ist schließlich für niemanden sehr tröstlich, wenn er hört, daß man ihn einfach vergessen hatte. Anscheinend mangelte es im State Department nicht an ernststen Fehlkalkulationen. Am ausschlaggebendsten war wohl die Tatsache, daß der Pentagon in seinem Drängen auf scheinbare militärische Vorteile die politischen Faktoren beharrlich außer acht ließ. Eine solche Erklärung der Zusammenhänge wird jedoch Außenminister Dulles bei seinem Besuch in Neu Delhi wenig nützen. Dasselbe gilt auch für die Mitglieder unserer Botschaft in Kabul, wenn diese etwa zu erklären versuchen, daß wir in dem Pushtu Disput völlig neutral sind.

Selbst wenn aber Gesprächspartner in Indien und Afghanistan davon überzeugt werden können, daß wir bei unserer Hilfe für Pakistan aus-

schließlich eine mögliche Aggression von seiten der Sowjetunion im Auge hatten, wird man in diesen beiden Ländern doch niemals zugeben, daß unsere Handlungsweise eine kluge war. So fragte mich Außenminister Prinz Nadiv ganz offen in Kabul, ob ich wirklich der Ansicht sei, daß wir die pakistanische Armee durch unsere Militärhilfe in die Lage versetzen würden, einem russischen Angriff Stand zuhalten? Wenn das aber nicht der Fall wäre, welchen Nutzen hätten wir dann von dem Versuch, die Nachteile eines gestörten militärischen Gleichgewichtes in diesem Raum wieder gut zu machen? In Neu Delhi brachte Ministerpräsident Nehru ganz ähnliche Besorgnisse über das erhöhte Risiko eines Konfliktes zwischen Pakistan und Indien und Pakistan und Afghanistan zum Ausdruck. Man kann natürlich als Amerikaner seine Gesprächspartner fragen, wie ich dies getan habe, ob die von Pakistan drohende Gefahr, selbst wenn sie wirklich eine echte ist, in ihrem Ausmaß der vom Norden drohenden Gefahr gleichkommt. Man stößt jedoch bei solchen Argumenten auf keinerlei Zustimmung. Kaschmir und das Pushtun-Gebiet sind zu nahe und berühren in ihrer Problematik zu unmittelbar. Auf die kritische Bemerkung, daß der Bagdad-Pakt politisch für den Westen eine Belastung, militärisch aber ein höchst zweifelhaftes Plus darstelle, konnte ich meinen Gesprächspartnern keine sehr überzeugende Antwort erteilen.

Wie steht es nun eigentlich mit dieser Pushtun-Frage, durch die die Gemüter in Afghanistan so erregt werden, daß zum Beispiel eine Massenansammlung im März 1955 die Pakistanische Botschaft in Kabul angriff, und Pakistan seinerseits als Vergeltung über Afghanistan eine Blockade verhängte, indem es die traditionellen Handelsrouten dieses Landes mit der Außenwelt fünf Monate lang blockierte und somit eine Lage herbeiführte, die beide Länder sehr nah an den Rand eines Krieges brachte?

Im folgenden mögen einige wenige — mehr können es im Rahmen dieser Untersuchung nicht sein — relevante Tatsachen angeführt werden: Es gibt zu beiden Seiten der afghanisch-pakistanischen Grenze die Pushtun (oder Pathan) Stämme, und zwar vier Millionen nördlich, und 5 Millionen südlich dieser Grenze. Die im Süden bewohnen einen Streifen, der zur Zeit der britischen Oberherrschaft zu einem Teil die Nordwest-Grenz-Provinz hieß, und zum anderen als das sogenannte „Stammesgebiet“ bezeichnet wurde, das niemals ganz unterworfen, geschweige denn administrativ organisiert worden war. Die afghanische Regierung widersetzt sich nun Pakistans erklärter Absicht, die Stämme südlich der Grenze in den heutigen, vereinigten pakistanischen Staat zu integrieren. Vielmehr verlangt Afghanistan für diese Stämme den Status der Unabhängigkeit, oder aber der Autonomie. Um die Dinge sozusagen abzurunden, zählt Afghanistan Baluchistan bis hin zur Meeresküste dazu, obwohl dieses Gebiet gar nicht von Pushtuns bewohnt wird. Zur Rechtfertigung ihrer Einmischung in ganz offensichtlich interne Angelegenheiten Pakistans bedient sich Afghanistan des Argumentes, daß

\*) Die chinesischen Kommunisten versuchten dasselbe Manöver im Zusammenhang mit den Feiern zum 2500. Todestag von Buddha. Sie haben ihre frühere, antireligiöse Einstellung modifiziert und betonen jetzt, daß sie sich im Buddhismus mit den anderen asiatischen Völkern eins fühlen.

mehrere Millionen der Stammesangehörigen Nomaden sind, die im Frühling und Herbst zwischen Gebirge und Steppe hin und her wandern, ohne dabei auf irgendwelche politischen Grenzen Rücksicht zu nehmen. Tatsächlich sind die Gebirgspässe, wenn die Stämme „unterwegs“ sind, vollgestopft mit Kamelen und Mauleseln, die zum Transport der Kinder und des Hausrates verwendet werden; die Höhenzüge sind dann übersät mit den charakteristischen schwarzen Zelten. Keiner dieser Menschen hat natürlich so etwas wie einen Paß. Schließlich muß noch die afghanische Behauptung erwähnt werden, daß die Afghanische Regierung des Jahres 1883 — damals wurde die derzeitige Grenze festgelegt — ihre Zustimmung nur unter starkem britischen Druck erteilte, und daher die ganze Abmachung auch mit dem Abzug der Briten als erloschen anzusehen sei.

Pakistan beantwortet solche Argumente immer mit der Feststellung, daß es als eine der Nachfolgerstaaten des früheren Britisch-Indien auch die Rechte dieses Staates übernommen hat. Pakistan macht geltend, daß es die Verwaltung seiner Territorien in jeder Weise nach eigenem Gutdünken aufzubauen beabsichtige, und jeder afghanische Versuch, „freie Regierungen“ unter den Stämmen südlich der Grenze zu organisieren, einen feindseligen Akt darstelle. Schließlich weist Pakistan darauf hin, daß die „Du-

## Forderung nach einer gemeinsamen Basis

Unter diesen Umständen besteht für eine fremde Regierung wie die unsrige keinerlei Grund, sich die Argumentation einer der beiden Seiten völlig zu eigen zu machen. In unserem Interesse liegt es lediglich festzustellen, ob nicht doch eine gemeinsame Basis der Interessen gefunden werden kann, damit die beiden Länder trotz ihrer augenblicklich leidenschaftlichen Antipathie zusammenkommen können. Auf dieser Linie hat sich tatsächlich die amerikanische Politik ganz allgemein bewegt. Man wird hier allerdings hinzufügen müssen, daß wir diese Politik bis zu dem kürzlich erfolgten Wechsel in unserer diplomatischen Vertretung in Kabul nicht mit sehr viel Phantasie und Nachdruck verfolgt haben. Präsident Mirza von Pakistan soll bald dem König Zahir einen Besuch abstatten. Vielleicht können beide Männer dann eine gemeinsame Grundlage zur Überwindung ihrer bisherigen Rivalität finden. Allerdings haben ihre Vertreter erst kürzlich sowohl in der Öffentlichkeit wie auch privat Erklärungen abgegeben, die nur als äußerst inkonzilient bezeichnet werden können. Ein Freund beider Parteien müßte in seinen Bemühungen wahrscheinlich alleine davon ausgehen, daß er seine Hilfe bei der Überwindung einiger praktischer Auswirkungen des gegenwärtigen „Patt“ anbietet. Pakistans Blockade des afghanischen Handels hat aufgehört. Dennoch wird der Güterverkehr zwischen Afghanistan und Karatschi (dem nächsten Hafen) weiter — und zweifellos absichtlich — gebremst. Die Afghanen haben daher jetzt angefangen, ihren Außenhandel so weit wie möglich durch Sowjetrußland zu leiten.

rand-Linie“ (so genannt nach dem früheren britischen Unterhändler des Jahres 1803) alles andere als einen vorläufigen Charakter hatte und später ja auch von Afghanistan wiederholt anerkannt worden ist: so etwa im Jahre 1921 durch den anglo-afghanischen Vertrag. Auch im Jahre 1930 wurde die Gültigkeit des Vertrages von 1893 durch Nadir Shah, den Vater des jetzigen Königs, in einem Austausch von Briefen mit der Regierung von Indien erneut bestätigt. Der ganze Disput hat noch viele andere Aspekte sowohl historischer wie rechtlicher Natur, auf die aber hier nicht näher eingegangen zu werden braucht \*).

Was die historischen betrifft, so mag noch darauf verwiesen werden, daß ein Teil des heute zu Pakistan zählenden Stammesgebietes früher eindeutig unter der Oberherrschaft von Kabul stand, und daß Afghanistan sogar schon vor dem Abzug der Briten einen besonderen Status für diese Gebiete gefordert hatte — allerdings ohne Erfolg. Vom rechtlichen Standpunkt schließlich mag noch angeführt werden, daß die meisten Experten auf dem Gebiet des Internationalen Rechtes Pakistans Anspruch auf die Rechtsnachfolge Großbritanniens zweifellos stützen würden. Im Augenblick übt tatsächlich weder die eine noch die andere Regierung eine vollkommene Kontrolle über die Stämme auf ihrer Seite der Grenze aus.

Die Russen haben sich natürlich sehr beeilt, diese Umleitung so leicht durchführbar und so wirtschaftlich wie nur irgendmöglich zu gestalten. Sie hoffen dabei natürlich, daß sich dieser Zustand verewigen läßt.

So kann man z. B. jetzt von Kabul nach Berlin mit der sowjetischen Aeroflot für ungefähr 170 Dollar fliegen, während man in der Touristenklasse einer der westlichen Fluggesellschaften von Karatschi nach Frankfurt genau doppelt so viel zahlen muß. Die Sowjets haben auch die Reisezeiten der von Europa bis zur afghanischen Grenze durchgehenden Züge herabgesetzt und sind jetzt dabei, neue Umschlagplätze in Häfen am Oxysfluß zu konstruieren. Von da ist allerdings die Reise auf der Straße über den Hindukush-Paß nach Kabul und zu anderen Verkehrszentren im Süden des Landes lang und unwahrscheinlich beschwerlich, so daß ein großer Verschleiß an Maschinen und ähnlichen schweren Gütern eintritt. Der Seeweg über Karatschi ist jedoch unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch schlimmer. Erst treten unberechenbare Verzögerungen beim Ausladen und bei den Zollabfertigungen in Karatschi ein; dann kommt die Eisenbahnfahrt bis Peshawar — wo man auf neue Verzögerungen stößt — und schließlich der Straßentransport über den Khyber-Paß. Während die Ladung am Quai oder auf Abstellgleise wartet, verrotten Maschinen und verkommen Güter, so daß der Wert

\*) Eine kurze Schilderung der Umstände, unter denen im Jahre 1947 eine Volksabstimmung in dem ganzen Gebiet durchgeführt wurde, findet sich in dem Werk „Afghanistan, unabhängig aber eingekreist“ von Donald N. Wilber, Foreign Affairs, April 1953.

einer Schiffsladung im Endeffekt oft um die Hälfte vermindert wird. Unter diesen Umständen würden die Vereinigten Staaten allen Beteiligten den nützlichsten Dienst erweisen, wenn es ihnen gelänge, einen modus vivendi auszuarbeiten, der beiden Parteien eine „Koexistenz“ mit wenigen Reibungsflächen ermöglichen würde, ohne daß ihre eigentliche Streitfrage bereits geregelt worden ist.

Zu einem solchen modus vivendi könnten beitragen: die Schaffung eines Freihafens für den afghanischen Handel in Karatschi, ein größerer Eisenbahnwagen-Park auf der Bahnlinie Karatschi—Peshawar, eine Weiterführung der augenblicklichen Khyber-Paß-Bahnlinie direkt bis in afghanisches Gebiet hinein und schließlich eine Aufbesserung der Straßenverhältnisse für LKWs von diesem neuen Punkt aus durch das ganze afghanische Gebiet hindurch.

Die Vereinigten Staaten können bei solchen Unternehmungen finanziell helfen. Man würde dabei weder von der einen noch von der anderen Seite verlangen, daß die in den „Stammes-Konflikt“ eingenommene Haltung aufgegeben wird. Vielmehr würde man diesen Konflikt als zur Zeit nur durch einen Krieg lösbar stillschweigend übergehen; ein Krieg würde ja vermutlich keine der beiden Seiten auf sich nehmen wollen. Die Vereinigten Staaten sind durchaus in der Lage, zur Herbeiführung eines solchen modus vivendi entscheidend beizutragen. Einmal beliefern die Vereinigten Staaten Pakistan mit Militärhilfe. Zweifellos würde Pakistan eine Verzögerung bei der Lieferung dieser Hilfe nicht sehr gerne sehen. Zum anderen ist Prinz Daud wiederholt darauf aus gewesen zu demonstrieren, daß er zwischen Rußland und dem Westen eine Mittelstellung einnimmt und diese Stellung auch weiterhin zu halten gedenkt. Er weiß, daß es sich hierbei um eine Vorbedingung handelt, ohne deren Erfüllung mit einer endgültigen amerikanischen Zustimmung zu bestimmten Unterstützungsprogrammen die kürzlich in Washington zur Diskussion standen, nicht zu rechnen ist.

Was können die Vereinigten Staaten nun praktisch vorschlagen? Zum ersten: daß wir Afghanistan bei dem Ausbau eines Inland-Flugnetzes helfen. Dabei könnten einige der Flugplätze benutzt werden, die jetzt mit Hilfe der sowjetischen Anleihe konstruiert werden sollen. Wir könnten auch Viermotorige Flugzeuge zur Verfügung stellen, damit ein afghanischer internationaler Flugdienst eingerichtet werden kann, der den besten afghanischen Flugplatz Kandahar etwa mit Beirut und Jiddah im Westen, und mit Bombay im Süden verbinden würde. Ferner müßte eine neue topographische Übersicht des riesigen Helmand-Tal Neulandbeschaffungs- und Neusiedlungsprojektes durchgeführt werden. Die laufenden Kosten dieses Projektes verschlingen heute rd. ein Drittel der Jahreseinnahmen der afghanischen Regierung. Das Projekt wurde seinerzeit durch Anleihen der Export-Importbank finanziert und wird nunmehr unter sehr beträchtlichen Schwierigkeiten durch eine private amerikanische Konstruktionsfirma Morrison-Knudsen weiter vor-

angetrieben. Anscheinend übersah die afghanische Regierung das gewaltige Ausmaß der Aufgabe nicht ganz, als sie seinerzeit die Anleihe anforderte und der Firma Morrison-Knudsen den Auftrag erteilte. Aus einer zu großen Unerfahrenheit heraus übersah die afghanische Regierung ferner, daß mit dem Fortschreiten dieser Arbeit zwangsläufig ein Prozeß der sozialen Anpassung in diesem Raum eintreten mußte; auch die Export-Importbank scheint das Unternehmen unter zu engen Gesichtspunkten betrachtet zu haben. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist nicht direkt in die Angelegenheit verwickelt. Jedoch steht amerikanisches Prestige, nicht nur in Afghanistan, sondern in ganz Asien hier auf dem Spiel. Der Zeitpunkt für eine erneute Überprüfung des gesamten Projektes mit allen seinen Aspekten ist jetzt gekommen. Das gilt nicht nur für die praktischen Probleme, die sich aus der Schaffung von neuem Agrarland, neuer Anlagen der Energieversorgung, neuen Staudämme usw. ergeben, sondern auch für die sozialen Auswirkungen, die auf lange Sicht gesehen für das Leben des ganzen Landes nicht ausbleiben werden. Die Vereinigten Staaten sollten ihre Hilfe bei der Erstellung einer fachmännischen und allumfassenden topographischen Übersicht anbieten und gleichzeitig einen Teil der dafür notwendigen Finanzierungsmittel bereitstellen. Die afghanische Regierung ihrerseits täte gut daran davon auszugehen, daß eine solche Hilfe von Amerika wahrscheinlich eher angeboten würde, wenn der augenblickliche Konflikt mit Pakistan entschärft wird.

Jeder Versuch, die beiden Länder — Pakistan und Afghanistan — auch nur in einem begrenzten Umfang an einen Tisch zu bringen, wird selbstverständlich auf einen erbitterten Widerstand von seiten der Sowjets stoßen. Bulganin ließ die sowjetische Katze aus dem Sack, als er in Kabul erklärte: „Wir glauben, daß Afghanistan's Forderungen, der Bevölkerung der Pushtun-Stämme Gelegenheit zur freien Bekundung ihres Willens zu geben, wirklich gerechtfertigt ist“. Die Sowjets werden versuchen, die Afghanen zu einer Versteifung ihrer Haltung zu bewegen, indem sie ihrerseits Wettbewerbs-Angebote der Wirtschaftshilfe machen. Vielleicht werden sie auch versteckte Drohungen aussprechen. Die amerikanische Antwort auf die erste der beiden möglichen Methoden sollte meines Erachtens in der Erklärung bestehen, daß wir eine Unterstützung der rückständigen Länder von keiner Seite, das heißt also auch nicht von der Sowjetunion, ablehnen, vorausgesetzt allerdings, daß durch die Annahme einer solchen Hilfe die politische Handlungsfreiheit des betreffenden Landes nicht beeinträchtigt wird, und die Hilfsmaßnahmen nicht mit einer Zinsschuld belastet werden, die das betreffende Land, wenn es die Dinge realistisch betrachtet, niemals zurückzahlen könnte.

Sollten die Sowjets jedoch mit Drohungen operieren, dann müßten wir erklären, daß wir uns als Mitgliedstaat der UN nur dann gegen den Angreifer auf die Seite des bedrohten Landes stellen werden, wenn dieses Land, — wie

das die jetzige afghanische Regierung angeblich vorhat — tatsächlich selber Widerstand leistet. Bei seinem Besuch in Neu Delhi unmittelbar nach der SEATO-Konferenz von Karatschi gab Außenminister Dulles vor der Presse eine Erklärung ab, die in ganz Indien bekannt wurde und weitgehend den ungünstigen Eindruck wieder wettmachte, der durch die Hinweise auf die Kaschmir- und Pushtun-Fragen im Schlußkommunique hervorgerufen worden war. Der Außenminister versicherte der indischen Regierung und dem indischen Volk, daß wir zwar die militärische Verteidigungsbereitschaft Pakistans gegen eine mögliche sowjetische Aggression zu verbessern wünschen, dies aber keineswegs einer Unterstützung Pakistans „unter allen Umständen“ (right or wrong) gleich komme. Sollte

## Die Auslandshilfe

Ein Besucher der unterentwickelten Länder des Nahen Ostens und Asiens kehrt zwangsläufig mit der traurigen Überzeugung nach Hause zurück, daß alle guten Absichten unseres Auslandshilfeprogrammes und alle großen Geldbeträge, die von uns für dieses Programm ausgegeben worden sind, in keiner Weise für uns die erhofften Resultate gezeitigt haben. Bestenfalls sind die Beziehungen zwischen dem großen „Wohltäter“ und dem „Empfänger“ schwieriger und undankbarer Natur. Wenn man hilft, wird man vielleicht verurteilt, — wenn man nicht hilft, dann ganz bestimmt. Ein Beispiel dafür ergab sich kürzlich in Ceylon nach dem Sturz einer pro-westlichen Regierung. Washington beeilte sich bekannt zu geben, daß die USA trotz dieses Regierungswechsels die in einer Höhe von 5 Millionen Dollar vorgesehene Wirtschaftshilfe leisten würden. Daraufhin druckte eine führende indische Zeitung eine Karikatur ab, die den neuen Ministerpräsidenten von Ceylon zeigt, wie er eine Girlande von Außenminister Dulles empfängt, während eine Schlinge durch die Blumen nur halb verdeckt wird. Man kann sich gut vorstellen, welche bisigen Kommentare abgegeben worden wären, wenn die USA den gegenteiligen Kurs eingeschlagen, d. h. ihr Angebot einer bescheidenen Wirtschaftshilfe zurückgezogen hätten mit dem Argument, daß jetzt eine weniger freundliche Regierung an die Macht gekommen sei. Man hätte einen solchen Schritt als einen eindeutigen Beweis dafür angesehen, daß wir nur gewillt sind, Regimen zu helfen, die sich uns unterordnen, und von denen wir irgendeine unpatriotische Gegenleistung für uns erhoffen.

Wir sollten daher unser Auslandshilfeprogramm ganz allgemein verständlich machen und überall nach den gleichen Prinzipien verfahren. Wie oft ist diese Forderung schon von Publizisten in den letzten Jahren erhoben worden. Unsere Politik in Afghanistan — die ja das besondere Thema dieser Abhandlung ist — sollte dann mit den neuen Richtlinien dieser Auslandshilfe in Einklang gebracht werden.

Eine erste Regel sollte die sein, daß das Ausmaß der Wirtschaftshilfe nicht die Kapazität des Empfängers überschreiten darf, diese Hilfe

Pakistan jemals seine neu erworbene „Stärke“ dazu benutzen, um Indien zu bedrohen oder anzugreifen, so „würden die Vereinigten Staaten gemäß der UN Charta Indien unterstützen“. Im März protestierte Afghanistan formell bei den SEATO Mächten gegen eine Einmischung in den Streit mit Pakistan. Dieser Protest wurde bei allen Mitgliedstaaten der UN hinterlegt. Die afghanische Regierung ersuchte jedoch die UN in keiner Weise um irgendwelche Maßnahmen und gab zu verstehen, daß sie den Pushtun Streitfall nicht bis zu einer Krise vorwärts zu treiben wünscht. Sollte Afghanistan wirklich eines Tages einen pakistanischen Angriff zu befürchten haben, so würde es vielleicht die Vereinigten Staaten um eine ähnliche Versicherung bitten, wie sie von Außenminister Dulles gegenüber Indien abgegeben wurde.

auch nutzbringend zu verkraften. Der „Sättigungspunkt“ in dem jeweiligen Land sollte nicht nur auf der Basis allein der von uns in Aussicht gestellten Hilfe errechnet werden, sondern auf der Basis der gesamten Auslandshilfe, die das betreffende Land bereits erhalten hat, oder die ihm versprochen wurde. In unserer Festlegung der als „sicher“ anzusehenden finanziellen Höchstgrenze sollten wir nicht nur die finanzielle Belastung in Rechnung stellen, sondern auch das Entwicklungsstadium des jeweiligen Landes auf den Gebieten der Wirtschaft, und der Erziehung sowie der sozialen Verhältnisse. So sollten wir z. B. vorher genau überlegen, ob eine genügende Anzahl von ausländischen Experten verfügbar sein wird, und zwar nicht nur für die verwaltungstechnische Abwicklung des Programmes, sondern auch für die Ausbildung des einheimischen Nachwuchses. Auch sollten wir überprüfen, ob diese Experten in ihrer Aufgabe nicht durch örtliche Erziehungs- und Sozialfaktoren zum Scheitern verurteilt sein würden. Wir sollten ferner auf keinen Fall mit der Sowjetunion oder irgendeinem anderen Staat in einen offenen Wettbewerb um das Vorrecht der Gewährung von Wirtschaftshilfe eintreten. Wir sollten diese Hilfe vielmehr für ganz bestimmte Zwecke anbieten, die sich im Rahmen unserer eigenen Kapazität- wie der des Empfängerstaates halten muß.

Im Rahmen dieser einschränkenden Richtlinien sollten wir dann die Auslandshilfe zu den großzügigsten Bedingungen anbieten. Wenn wir diese Bedingungen einmal genannt und dem betreffenden Staat angeboten haben, dann sollten wir sie nicht später modifizieren, um etwa ein Angebot von anderer Seite zu überbieten. Wir sollten hinzufügen, daß die Annahme einer Wirtschaftshilfe von einem anderen Staat nicht an und für sich unsere Gefühle der Freundschaft oder unsere Hilfsbereitschaft herabmindern wird, ja nicht einmal die Bereitschaft, zusätzliche Wirtschaftshilfe zu gewähren, immer vorausgesetzt, daß dadurch der „Sättigungspunkt“ des betreffenden Landes nicht überschritten wird. Wenn letzteres aber der Fall ist, oder aber wenn die Bedingungen, unter

denen die Wirtschaftshilfe von einem anderen Staat angenommen wurde, derart sind, daß wir unsererseits keine Wirtschaftshilfe mehr leisten, bzw. eine wirtschaftliche und nutzbringende Anwendung dieser Wirtschaftshilfe nicht gewährleisten können, dann sollten wir uns durch keine scheinbaren politischen, propagandistischen oder strategischen Vorteile zu einer zusätzlichen Hilfeleistung bewegen lassen. Denn dann würden sich diese angeblichen Vorteile sehr schnell als illusorisch herausstellen, und zwar sowohl Vorteile, die sich uns in dem betreffenden Land bieten könnten, wie auch Vorteile in der Weltpolitik ganz allgemein.

Nebenbei bemerkt: wenn wir an unserer Weigerung festhalten, in direkte Wettbewerbsangebote einzutreten, dann könnten die unterentwickelten Gebiete vielleicht bald die Entdeckung machen, daß die Sowjetunion in Wirklichkeit gar nicht so darauf aus ist, einen Hauptanteil der Lasten einer Wirtschaftshilfe zu übernehmen, wie dies die sowjetische Propaganda immer behauptet. Darüber hinaus würden vielleicht durch eine solche Haltung unsererseits die sowjetischen Motive erneut „durchleuchtet“ werden. So waren z. B. die Ägypter sehr verstimmt darüber, daß sie ihre, für die tschechischen Waffenlieferungen getauschte Baumwolle auf dem Markt in Brüssel zu Preisen wieder auftauchen sahen, die unter den normalen Weltmarktpreisen lagen. Ein weiterer, sozusagen nebenbei anfallender, Vorteil einer sowjetischen Beteiligung an Auslandshilfeprogrammen wäre für uns darin zu erblicken, daß der heute in Asien weit verbreitete Ruf der Sowjetunion, ein weiser und beratender Helfer zu sein, unter Umständen schwer angeschlagen werden könnte. So beschrieb z. B. eine in der „New York Times“ am 9. Mai erschienene Meldung aus Rangoon, wie sich eine unvorstellbar große Menge von Zementsäcken aus der Sowjetunion bei den Quais in Rangoon stapelte, und dadurch nicht nur das Ausladen von dringend benötigten Konsumgütern lahmgelegt wurde, sondern dazu noch die Gefahr bestand, daß sich der Zement in der bevorstehenden Monsunperiode in eine feste Masse verwandeln würde. Die Russen haben den Zement anscheinend auf die Reise geschickt, ohne dabei die unerfahrene Einkaufsdelegation aus Burma darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß auch Trägerstahl und anderes Baumaterial zur Verwertung des Zements benötigt würde. Seit der unseligen Erfahrung mit diesem Tauschgeschäft — bei dem Rußland die burmesischen Reisüberschüsse erhielt — sind die unerfahrenen Burmesen etwas weniger davon überzeugt, daß sie bei dem Ausbau ihrer Wirtschaft weiterhin der Zusammenarbeit mit Rußland bedürfen. Wir Amerikaner können nicht umhin, uns ein wenig schadenfroh an solchen Geschichten zu weiden, die noch weit über das oft nur zu wahre Gerede von unseren eigenen Fehlleistungen bei der Gewährung von Wirtschaftshilfe in ungewohnten Verhältnissen weit weg von zu Hause, hinausgehen.

Wie würde sich die Durchführung einer Politik der Auslandshilfe nach den hier entwickel-

ten Grundsätzen nun in besonderem auf Afghanistan auswirken? Es hat den Anschein, als ob innerhalb unserer eigenen Regierung einige Meinungsverschiedenheiten darüber bestehen, wie wichtig es für uns ist, daß Afghanistan nicht in den sowjetischen Block abgeleitet. Einige Militärs sind der Ansicht, daß abgelegene und unzulängliche Länder nicht mehr als eine Art „Grundbesitzwert“ darstellen, und daß wir uns daher nur wenig anstrengen und überhaupt kein Geld ausgeben sollten, um solchen Ländern bei der Wahrung ihrer Unabhängigkeit zu helfen. Diese Militärs fügen solchen Argumenten dann schnell hinzu, daß ihre Haltung nicht etwa einer Abneigung gegen die Unabhängigkeit solcher Länder, oder aber einem Wunsch entspringe, diese Unabhängigkeit unsererseits einzuschränken. Vielmehr seien sie der Ansicht, daß wir uns nicht aus sentimentalischen Erwägungen oder altmodischen, strategischen Konzeptionen heraus von unseren Vorbereitungen für die Durchführung wirklich lebenswichtiger Aufgaben in strategisch kritischen Gebieten ablenken lassen dürfen. Diese Fachleute gehen von der Annahme aus, daß ein neuer Weltkrieg nicht in Afghanistan — oder auch nur in der Nähe — ausgefochten werden würde, und daß geographische Barrieren wie die Hindukush oder Himalaja-Gebirgsketten im Zeitalter der Luft- und Atomherrschaft nicht einmal mehr von sekundärer Bedeutung sind. Da auch unsere Kapazität zum Geben begrenzt ist, — argumentiert man weiter — müssen wir alles, was wir überhaupt haben, für die Abschreckung eines potentiellen Angreifers in den Hauptkriegschauplätzen ausgeben und uns darauf vorbereiten, einen solchen Angreifer, wenn nötig, eben dort zu vernichten.

Demsetzen wiederum andere Kritiker entgegen, daß wir unsere militärischen Probleme nicht losgelöst von den politischen betrachten können; daß die Stabilität und Unabhängigkeit solcher Länder wie Indien und Pakistan in dem Gesamtrahmen der Weltlage Faktoren von gar nicht abschätzbarer Bedeutung darstellen; sollten nämlich diese beiden Länder zu der Auffassung gelangen, daß die Vereinigten Staaten Afghanistan ohne den Versuch einer Hilfeleistung den Rücken kehren, dann — so argumentiert man in diesen Kreisen — wird Indien immer mehr versuchen, mit dem „Strom der Zukunft“ zu schwimmen (oder mit dem, was es dafür hält), während Pakistan einen verspäteten Versuch zur eigenen Rettung unternehmen wird, in dem es aus dem Bagdadpakt ausscheidet und sich mit der scheinbar unbesiegbaren Macht der Sowjetunion so gut wie nur irgend möglich arrangiert.

Die zweite der hier angeführten Meinungsgruppen wird wahrscheinlich in Washington heute stärker unterstützt als zu irgendeiner anderen Zeit in der jüngsten Vergangenheit. Die Argumente dieser Gruppe umreißen offensichtlich die für uns einzig richtige Einstellung, und zwar sowohl vom realistischen wie vom moralischen Standpunkt aus. Das gilt aber eben nur

unter den oben erwähnten Bedingungen und nur bis zu dem oben erwähnten skizzierten Punkt.

Um es noch einmal in Bezug auf Afghanistan zu wiederholen: Voraussetzung ist, daß die Afghanen, die sich aufrichtig vor jedweder Fremdherrschaft schützen wollen, in ihren Maßnahmen zur Vermeidung von Gefahren genau so klug und vorausschauend sind, wie sie im Augenblick einer Krise mutig sein müßten, solchen Gefahren zu begegnen. Was den Punkt anbelangt, über den hinaus wir nicht gehen könnten, so ist es eben der oben bereits erwähnte „Sättigungspunkt“, der erreicht wäre, wenn die russische Hilfe so massiv und so absorbierend geworden ist, daß es Afghanistan durch Moskau tatsächlich unmöglich gemacht würde, sich aus der Schlinge wieder herauszuziehen. Dieser Punkt ist bereits gefährlich nahe. Wie lange werden uns die Sowjets noch gestatten, eine Wirtschaftshilfe zu leisten, die den Wert ihrer eigenen herabmindert, oder auch einen Handel zu treiben, der mit dem ihren in Konkurrenz steht? Diesem Dilemma wird sich Prinz Daud bald gegenüber sehen. Wenn jetzt Afghanistan alles, was es überhaupt nur an Zahlungen leisten kann, für die Zinsen der sowjetischen Anleihe in Waren ausgeben muß — und zwar in Karakulhäuten, für die der wichtigste Markt heute New York ist, so wie in Baumwolle und Wolle — was wird dann noch übrig bleiben, um mit uns oder irgendeinem anderen Land außerhalb des Sowjetblocks Handel zu treiben? Wird Afghanistan nicht genau so unentrinnbar an die kommunistische Welt gebunden sein, wie das etwa die Donaustaaten auf Grund des deutschen Handelsmonopoles gegenüber der Nazi-Welt waren?

Die Omen sind somit nicht sehr vielversprechend. Die Afghanen sind jedoch ein zähes Volk. Es ist daher möglich, daß sogar das raffinierte Programm, auf das sich die Sowjetunion zur wirtschaftlichen und finanziellen „Entwaffnung“ des Landes scheinbar festgelegt hat, nicht zu einem Erfolg führen wird. Es steht nicht in unserer Macht, ein solches Resultat unter allen Umständen sicherzustellen. Wir können jedoch die afghanischen Staatsmänner davon zu überzeugen suchen, daß sie nicht allein stehen; wir können weiter in bescheidenem Rahmen Hilfe gewähren und der afghanischen Regierung somit Zeit lassen, den richtigen Standort zu wählen. Vielleicht können wir dieser Regierung auch politisch einen Dienst erweisen. Und wir können schließlich vor weiteren Schritten warnen, die nahezu automatisch darin enden würden, daß Afghanistan in die Hände eines ausländischen Staates fällt. Das ließe sich nicht mehr verhindern, selbst wenn Afghanistan im letzten Augenblick versuchen würde, dieser auf das Land zukommenden Gefahr zu entgehen.

**Anmerkung:**

Paul-Henri Spaak, Außenminister Belgiens, Generalsekretär der NATO.

Hamilton Fish Armstrong, Editor der amerikanischen Zeitschrift „Foreign Affairs“.